Einzelpreis 25 Pfennig

Bezugs-Preise:
Inland: vierteljährl. durch die Post 3,- Rm. durch Kreuzband 3,60 Rm. Ausg. B monatl. 1 Rm Deutschösterreich vierteljährl.: 5 Schilling.
Ausland: Viertelj. 1 Dollar.
Anzeigen-Preise:
Für die 10gespalt. Millimeter-Zeile 15 Goldpfg., d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Platzvorschrift entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

Reichswart

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend
Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen.
Fernsprecher: Lützow 8082
Postscheck-Konto: Berlin 88714
Bankverbindung: Volkswirtschaftsbank, Berlin W 57, Bülowstr. 101
Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 15 | Berlin, den 10. Ostermonds (April) 1926 | 7. Jahrgang

Inhalt: Nicht frei, nicht Denker, nicht Geister! — Was nun? — Aus dem Kleinleben von Großbetrieben. — Kontra Freiwirtschaft. — Die Tragödie des russischen Volkes. (2. Forts.) Zentralisierung des Rußlandhandels. — Beilage: Aufruf der „Edda-Gesellschaft" E. V. — Verdummungsnarkose. — Hauszinssteuer. — Der Kampf der Elternschaft um den Bildungsaufstieg ihrer Kinder. — Gaunachrichten.

Nicht frei, nicht Denker, nicht Geister!

Wenn diese Nummer des „Reichswarts" in die Hände der Leser gelangt, hat in Berlin die „freigeistige Woche" stattgefunden. Der Name ist so geschmacklos, und so „echt" wie die ganze Veranstaltung an sich. Die Freigeister und Freidenker, vom wohlredenden Monisten bis zum Genossen, der alle Monate in der Budike in seinen „Freidenkerverein" geht, sind sie in Berlin zusammengekommen, um die Errungenschaften des letzten Jahrzehnts zu preisen und „weiterzuentwickeln". Also ein Triumph der freien Geister und des freien Denkens! Der Kongreß an sich ist jedoch zu begrüßen, schon deshalb, weil er einmal an die Oeffentlichkeit tritt und ihr gegenüber nicht ganz vermeiden kann, Rechenschaft zu geben, was die freien Geister und freien Denker an Früchten gezeitigt haben, worin, vor allem, ihr Freies, ihre Freiheit besteht. Man wird nach Beweisen des Daseins des freien Geistes und des freien Denkens fragen müssen. Von uns aus betrachtet läßt sich das in sehr wenigen Worten umschreiben: ein Freigeist, ein Freidenker ist ein Mann oder eine Frau, der sich aus der Kirche nichts macht, der ausgetreten ist, weil er „nichts glaubt". Das ist der negative Teil. Der „positive" besteht im Bekenntnis zur materialistischen Anschauung also: Freiheit bzw. Freiheit von der Kirche, Grundlage der sogenannten Weltanschauung: der Materialismus, — und was für einen Materialismus! Und was für eine Freiheit, muß man hinzufügen. Denn in unübertrefflicher, unfreiwilliger Komik schrieb die Berliner sozialdemokratische und kommunistische Presse, daß die Freidenkervereinigungen des Reichs fest und entschlossen auf klassenkämpferischem Boden ständen und sich doch nun wohl endlich entscheiden müßten, ob sie sich zur Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei bekennen wollten; so ginge es jedenfalls nicht weiter. Die organisierten Freigeister und die organisierten Freidenker befinden sich, wohin sie sich zu wenden versuchen könnten, in einer ihrer schönen Titulatur wenig entsprechenden Abhängigkeit und Unfreiheit. Dafür haben sie den kostbaren und unveräußerlichen Stolz, daß sie „nichts glauben".

Begriff und Name des Freigeistes und Freidenkers stammt aus dem 18. Jahrhundert, dem Zeitalter der sogenannten Aufklärung. Damals handelte es sich in der Tat um einen Befreiungskampf der Geister gegen die unterdrückende Kirche, im besonderen gegen den Jesuitismus. Wir haben keinen Anlaß, mit frommem Abscheu jene Aufklärungsperiode, in der Frankreich führte, von uns zu weisen. Die führenden Geister damals waren keineswegs Materialisten, kein Einziger unter ihnen hat das Vorhandensein eines göttlichen Wesens in Abrede gestellt, nicht einmal La Mettrie, der Verfasser des „Homme Machine". Was sie bekämpften, war die durch die Kirche ausgeübte Vergewaltigung und Unterdrückung der Geister. Sie verwarfen auch den Gott, wie ihn die Kirche darstellte. Das war der Gott des Alten Testaments, der Jaweh der Juden, den die Aufklärer als *solchen* freilich nicht erkannten. Persönlichkeiten wie Diderot schrieben, so könne Gott nicht beschaffen sein, einen solchen Gott müsse man verwerfen. Die Führer der Aufklärung gelangten nicht zu den Schlußfolgerungen, welche wir heute ziehen, weder stand die Forschung und Kritik nach dieser Seite auf der nötigen Höhe, noch war die Freiheit der Selbstbesinnung auf eigene Art und eignes Wesen vorhanden. Aber das Gefühl und die Erkenntnis war da: so kann der Gott nicht beschaffen sein! *In diesem Punkt* berührt sich also der heutige völkische Geist durchaus mit dem Streben der großen Aufklärer von damals, der Geist der Befreiung von Vorurteil, von Zwang und Vergewaltigung. Das war auch der Geist, dem Friedrich der Große huldigte und den er selbst betätigte, während er dem Materialismus fernstand und ihn in seiner Kritik des berühmten Buches „Le Système de la Nature" (das System der Natur) ablehnend besprach; dieses berühmte Buch hatte übrigens einen französisierten Deutschen, von Holbach, zum Verfasser.

Mit diesen flüchtigen Beispielen soll nur gezeigt werden, daß jene Freigeister und Freidenker der damaligen Zeit mit äußerster Geringschätzung die Freigeister und Freidenker von heute, die sich auf sie berufen, ablehnen würden. Sie waren im gewissen Sinne Bahnbrecher. Unter den heutigen Materialisten, die sich als Freigeister oder Freidenker bezeichnen, gibt es nicht einen führenden Kopf, nicht einen urwüchsigen Geist. Die sogenannten Führer trotten in den ausgetretenen und sogar von der Wissenschaft längst verlassenen Pfaden der durch Darwin begründeten Abstammungs- und Entwicklungslehre und machen ihren „freidenkenden" Gefolgschaften vor, das sei das höchste Ergebnis „moderner" geistiger Forschung und Freiheit. Sie halten sie sorgfältig im Dunkeln und vor allem in der alten Verblendung, daß Wissenschaften und deren jeweiliger Grad bestimmend für Weltanschauung sein könnten und dürften. Diese Freidenker sind Vergötterer des Verstandes und seiner Errungenschaften und Fanatiker des ewigen Todes. Der Verstand bildet wahrlich nicht den wertvollsten Teil des Menschen, auch die Vernunft tut es nicht. Beide sind auf die Erscheinungswelt beschränkt, beide kriechen egoistisch am Boden, wenn nicht neben ihnen und mit ihnen das auf etwas Jenseitiges gerichtete Empfinden vorhanden ist. Allen großen Männern, Denkern wie Dichtern ist dieses eigen gewesen und war ihr Bestes, einerlei unter welchen Formen und Bildern sie dachten oder dichteten. Die Ueberschätzung der Verstandesseite des Menschen gehört zu den schädlichsten und unrühmlichsten Erscheinungen der letzten hundert Jahre, in ihrer Beschränktheit und Flachheit und widerwärtigen Selbstzufriedenheit. Diese Leute, die sich heute bei uns Freidenker nennen, sporten ihrer selbst ohne es zu wissen. Sie befinden sich nicht allein in einer lächerlichen politischen, parteimäßigen Sklaverei, sondern gerade auch in einer geistigen Unfreiheit, wie sie an die Jahrhunderte der Entartung und Tyrannei der Kirche erinnert. Sie ist schlimmer als diese.

Daß es gerade in Deutschland so kommen konnte, ist zu einem sehr erheblichen Teil, das muß mit aller Rücksichtlosigkeit ausgesprochen werden, dem Versagen der Kirche zuzuschreiben. Sie hat sich in Deutschland gerade während der letzten hundert Jahre den Fragen und Aufgaben nicht gewachsen gezeigt, welche, besonders in den breiten Massen, die Entwicklung der Wissenschaften, das Maschinenzeitalter, das immer beherrschendere Auftreten der sozialen Frage zeitigten. Hinzu kam, daß die Kirche als Staatskirche, als Dienerin von Staaten, eben wieder ihre soziale Aufgabe nicht verstand, sich dem unsozialen Staat willfährig zeigte, dadurch auch auf ihrem eigentlichsten Gebiete verflachte, und vielfach selbst in den Rationalismus hineingeriet. Es ist wirklich kein Wunder gewesen, daß es gelang, und zwar jüdischem Geiste gelang, Massen von kirchenfremden und religionsfeindlichen Materialisten zu machen.

Wie der „Reichswart" zur Kirche steht, ist bei manchen Anlässen erörtert worden. Ob sie die Form der Zukunft bildet, ob sie fähig ist, das Beste, was im Deutschen steckt, zu wecken und zu entwickeln, ist eine Frage, die nicht in diesen Zusammenhang hineingehört. Für uns steht an allererster Stelle die Notwendigkeit, daß der Deutsche sein metaphysisches Bedürfnis entwickle oder aber wiederfinde und seinen „Urquell" reinige, wo er durch Fremdes verschüttet oder beschmutzt ist. Der Freidenkerrummel der vergangenen Woche ist auch deshalb besonders abstoßend, weil er undeutsch ist, mit seinen materialistischen Zungendreschern und den dummen Micheln, die ihnen begeistert und von Stolz geschwellt lauschen und sich einbilden, sie stellten den „Fortschritt der Menschheit" dar. Sollte die „freigeistige Woche" noch irgendwelche bemerkenswerte Blasen treiben, so werden wir darauf zurückkommen. Begnügen wir uns heute, festzustellen, daß diese Veranstaltung ihrem Wesen nach rein politisch ist, ihrem Wesen nach der Verflachung und Verwirrung der Massen gilt, um die großen jüdischen und judaistischen Ziele zu erreichen. Wenn das geschehen soll, so darf dem Deutschen nicht Zeit und nicht Freiheit gelassen werden, sich auf sich selbst zu besinnen. Jedoch, wie eingangs gesagt: es ist gut und erfreulich, daß die „freigeistige Woche" stattgefunden hat, die Volksverführung und Volksverdummung hat sich auf den Scheffel gestellt. Sache der Völkischen besonders ist es, *darauf hinzuzeigen*.

Mit ungemischter Freude begrüßen wir dem gegenüber die Gründung der Edda-Gesellschaft. Sie ist vor einigen Monaten erfolgt, aber noch wenig bekannt. Nähere Angaben findet der Leser in der Beilage des Reichswarts. Der Grundgedanke der Edda-Gesellschaft ist ein Gegenpol zu den Vereinigungen der sogenannten Freidenker. Dieser Grundgedanke bedeutet, daß der Deutsche das Beste seines Wesens wiederfindet und stärkt und seinen Volksgenossen mitteilt. Dazu sollen ihm vor allem auch die Schätze seiner Ahnen dienen. Sie fassen sich in der Edda, und was sich noch unter diesen Begriff bringen läßt, zusammen. Zweck und Wesen ist im besten Sinne idealistisch. Besonders ist anzuerkennen, daß mit der Edda-Gesellschaft eine Stelle geschaffen worden ist, die sich zur Aufgabe macht, in ernster und sachlicher Erforschung der Edda und aller arischen Ueberlieferungen der Welt sich zu betätigen und diese Kenntnis als eine geistige Grundlage unserer Rasse zu verbreiten. Es handelt sich also um ernstes, eindringendes und gewissenhaftes Studium, das einerseits die ganze hohe Bedeutung der Sache erfaßt, andererseits schwärmerische Uebertreibungen und nichtbegründete Hypothesen nicht allein meidet, sondern derartige, die der völkischen Bewegung schon so viel Schaden getan haben, rücksichtslos kennzeichnet und verwirft. In der Tat wäre es eine große Errungenschaft, wenn die Zentralstelle der Edda-Gesellschaft sich zur geistigen Autorität auf diesem ihrem Felde entwickelte. Sie würde damit gleichzeitig auch eine geistige Sammelstelle für einen Zweig der völkischen Vertiefung, Entwicklung und Reinigung werden.

Vor einer Reihe von Wochen wurde hier über die Gründung der deutsch-christlichen Arbeitsgemeinschaft berichtet. Die dort gehaltenen Reden haben unsern Lesern gezeigt, mit einer wie großen gegenseitigen Duldung gearbeitet werden soll. *Eine andere Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit ist tatsächlich auch nicht vorhanden.* Ob man sich der Kirche verbunden fühlt oder sie ablehnt, ob man auf dem Boden des Christentums steht oder nicht, ob man an eine Möglichkeit eines deutschen Christentums glaubt, oder den christlichen Gedanken überhaupt verwirft, — für alle diese Richtungen und ihre Zwischengrade bleibt *ein* Gemeinsames: der Idealismus, der Jenseitsdrang und als gemeinsamer Todfeind der Materialismus. Der Ausgang dieses Kampfes wird einmal bestimmen, wohin der Deutsche geht, was aus ihm wird. Dieser seinem Wesen nach rein geistige Kampf steht seiner Bedeutung nach über allen politischen Kämpfen, über Parteigründungen und Parteikämpfen, über Organisationen, auch über Staatsformen und Verfassungen. Sie alle werden von selbst in den Dienst des Siegers treten, seine Werkzeuge werden. Hier vielleicht noch mehr als auf dem Gebiete anderer Fragen müssen wir bewußt Deutschen der verschiedenen Richtungen darüber klar sein, daß es ein Kampf *auf lange Sicht* ist und eine Sache, die man, nach dem bekannten Worte Richard Wagners, um ihrer selbst willen tun muß. Das spricht sich leicht aus und wird gerade in völkischen Kreisen gern ausgesprochen. Die Praxis zeigt bisweilen andere Bilder. *„Das Schöne ist schwierig"* (chalepòn tò kalón), — sagten die alten Hellenen, und wußten, was sie sagten.

Was nun?

I.

Diese Frage beherrscht mehr oder minder sämtliche Parteien, auch die, welche so tun, als ob das Ergebnis von Genf eigentlich gar nichts Unerwartetes, noch vollends ein ungünstiges gewesen wäre. Besonders Sozialdemokratie und Demokratie spielen hier eine öffentliche Komödie, die einer besseren Sache würdig wäre. Immerhin findet man in der sozialdemokratischen Presse insofern eine gewisse Aufrichtigkeit, als sie ihren alten Kurs offen weitergeht: um *jeden* Preis in den Völkerbund, einerlei ob Polen mit in den Rat kommt, einerlei ob das bisherige Stimmrecht der Einstimmigkeit des Bundes in ein solches der Mehrheit geändert wird, einerlei ob der Unterschied zwischen Völkerbundsrat überhaupt aufgehoben wird, — Deutschland muß auf *alle* Bedingungen hinein! Die übrige Völkerbundspresse in Deutschland tut so, als ob die hinter ihr stehenden Parteien auf solche Bedingungen unter keinen Umständen eingehen würden, das ist jedoch nur „Diplomatie", schließlich werden auch diese Parteien zu allem Ja sagen, was Stresemann für richtig oder für unausweichlich erklärt. Inzwischen ist die „Studienkommission" des Völkerbundes gegründet worden, wahrscheinlich auf deutsche Anregung. Der Name paßt schlecht. Man sollte sie Schacherkommission nennen, denn um anderes handelt es sich nicht. Das soll keine moralische Bemerkung sein, Schacher in der Außenpolitik ist nichts Ungewöhnliches und immer dann nicht zu vermeiden, wenn man nicht diktieren kann oder nicht fest entschlossen ist, nichts zu geben. Am Ausdruck „Studienkommission" muß nur deshalb Anstoß genommen werden, weil er in der deutschen Oeffentlichkeit mißverstanden wird. Diese stellt sich oberflächlich und naiv einen Kreis von Männern vor, die sich ernst und aufrichtig bemühen, das erhabene Ziel zu erreichen und „Mißverständnisse" zu beseitigen. Dabei ist von Mißverständnissen nicht die Rede, sondern nur von Interessenpolitik jedes einzelnen Völkerbundstaates; selbstverständlich! Das einzige Mißverständnis, das deutsche, und zwar wie so oft bei Herrn Dr. Stresemann aus unverantwortlicher Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, lag hinsichtlich Brasiliens vor. Im Spätherbst 1924 hatte die deutsche Regierung zur Förderung ihrer Völkerbundswünsche ein Memorandum an alle Völkerbundsmächte gesandt. Am 1. Dezember 1924 erging schon die Antwort der brasilianischen Regierung, aus der klar hervorging, daß Brasilien sich jede Entscheidung und alle Schritte für die nächste Völkerbundversammlung vorbehielt, außerdem ausdrücklich bemerkte, die von Deutschland gestellten Fragen und Forderungen könnten nicht von Regierung zu Regierung erledigt werden, sondern nur in Gesamtsitzungen des Völkerbundes. „Im Prinzip" habe Brasilien, abgesehen von anderen Fragen, nichts gegen einen deutschen Ratssitz. Das Ideal sei, daß alle Völker,

große und kleine, dem Rate angehörten. Fünfviertel Jahre hatte die deutsche Regierung Zeit, sich über die Ansichten Brasiliens des näheren zu unterrichten. Oberflächlich und leichtfertig, wie Herr Dr. Stresemann ist, haben er und seine Leute sich gar nicht darum gekümmert, höchstens gedacht: wenn Großbritannien und Frankreich nur wollten, dann könne Brasilien nicht anders wollen. So kam der Einspruch Brasiliens in Genf tatsächlich wie ein Blitz aus dem heiteren Himmel, eine Situation der deutschen Delegation von großer unfreiwilliger Komik. Wir unsererseits müssen sagen, daß Brasilien mit seinem Einspruch eine rettende Tat getan hätte, wenn nur die deutsche Regierung das brasilianische Veto benutzt hätte, um ihren Fehler wieder gut zu machen und die vorher verscherzte politische und diplomatische Freiheit wiederzugewinnen. Wäre Brasilien nicht eingeschritten, so würde die deutsche Regierung einen der schwebenden Kompromisse eingegangen sein, wäre mit Polen in den Rat eingetreten oder hätte sich verpflichtet für einen polnischen Ratssitz im Herbst sich zu verpflichten, oder für einen anderen. Zweifelsohne werden Stresemann und Luther jetzt in der sogenannten Studienkommission derartige Verpflichtungen eingehen, sie aber ebenso standhaft nach außen hin in Abrede stellen.

Nur nebenbei will ich darauf aufmerksam machen, wie völlig, wie unglaublich die Herren Luther und Stresemann nicht allein über die Haltung Brasiliens geirrt, sondern das Wesen des sogenannten Völkerbundes selbst verkannt haben. Wenn man so lange, wie besonders Stresemann, für den Eintritt in den Völkerbund gearbeitet hat, und in der Eigenschaft als Außenminister alle denkbaren Mittel und Möglichkeiten zur Selbstunterrichtung besitzt, so wäre es für jeden einigermaßen gewissenhaften Politiker eine pflichtmäßige Selbstverständlichkeit gewesen, sich genau über die Strömungen, Wünsche und Widersprüche innerhalb des Völkerbundes auf das genaueste zu unterrichten. Selbstverständlich wäre das gewesen, auch und gerade für einen deutschen Minister, dessen Ziel war, Deutschland so schnell wie möglich in den Völkerbund hineinzubringen. Die brasilianische Ueberraschung allein würde in einem anderen Lande genügt haben, Stresemann und Luther zu sofortigem Rücktritt zu zwingen. Bei uns ist keine Rede davon. Die linke deutsche Völkerbundspresse sagt ganz offen, alles sei egal, die mittlere spricht von Entscheidungsfreiheit Deutschlands, ohne eine solche zu wollen, findet die Lage unbehaglich, zweifelt vielleicht auch ein wenig an der Bravheit des Völkerbundes, aber wird nichts tun, was Stresemann und Luther nicht billigen.

Was ist nun in Wirklichkeit mit dem Völkerbund? Keinem Zweifel kann unterliegen, daß eine Anzahl kleinerer Völkerbundsstaaten mit dem bisherigen Zustand unzufrieden ist. Diese Staaten wollen, wie Brasilien, volle Gleichberechtigung aller Völkerbundsmitglieder, keine Unterscheidung mehr zwischen „Hauptmächten" und anderen, keine Trennung mehr in Ratsmächte und in Nichtratsmächte, Verschwinden der Unterscheidung zwischen ständigen und nichtständigen Ratsmitgliedern. Mit anderen Worten: diejenigen Völkerbundsstaaten, welche sich nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu England oder Frankreich befinden und deshalb ohne weiteres deren Willen tun müssen, möchten den Völkerbund aus einem „Ententeklub", wie man in den Vereinigten Staaten sagt, zu einem wirklichen Bund der Völker machen, bei voller Gleichberechtigung aller Mitglieder, von Liberia bis Großbritannien. Einem solchen Gedanken brauchte man deutscherseits an und für sich nicht ablehnend gegenüberzustehen, die Frage wäre eben nur, ob er sich überhaupt verwirklichen läßt. Ein wirklich allgemeiner Bund der Völker müßte auch Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika einschließen. Beide denken nicht daran, vielleicht jetzt weniger denn je. Wollte man sich aber vorstellen, es könne ohne diese beiden Großmächte ein im übrigen ziemlich umfassender Bund gebildet werden, so würden folgende Fragen auftauchen: werden Mächte wie Großbritannien und Frankreich auf ihre bisherige Vorzugsstellung im Bunde verzichten? Das ist nicht anzunehmen. Vielmehr wird jede dieser beiden Mächte fortfahren, eine möglichst erhebliche Machtgruppe von anderen Staaten um sich herum zu sammeln. Andere Völkerbundsstaaten werden versuchen, ihren Einfluß im Völkerbunde durch Anschluß an die Vereinigten Staaten zu vergrößern. Daß die Vereinigten Staaten nicht im Völkerbund sind, tut ihrem Einfluß auf diesen keinen Eintrag. Wiederum andere werden mit Rußland arbeiten und sich auf Moskau stützen. Welche Wege Großbritannien und Frankreich sonst gehen könnten, steht dahin, sicher ist, daß sie jeden Weg gehen, und jedes Mittel benutzen werden, sei es miteinander, nebeneinander oder gegeneinander, um ihre Machtstellung zu halten, zu stärken. Ebenso wie Großbritannien jetzt nach der dortigen Presse bei „Scheitern des Völkerbundsgedankens" sich von Europa zurückziehen möchte, um sich mit seinen Dominions und den Vereinigten Staaten zusammenzuschließen, so kann übermorgen ein britischer Staatsmann zu sagen für richtig halten, Großbritannien sei überzeugt, daß es seinen politischen Schwerpunkt nach Europa legen müsse. Das sagt heute Frankreich. Morgen vielleicht sieht es sich in der Lage mit Japan und den Vereinigten Staaten eine Aktion gegen Großbritannien in die Wege zu leiten. Kurz es ist nicht angängig, weitgehende Voraussagen zu machen. Hier soll auch nur darauf hingewiesen werden, daß Bestrebungen für einen großen gleichberechtigt aufgebauten Völkerbund schwerlich Erfolg haben können. Das Machtprinzip bzw. das der Ohnmacht, lebt so kräftig wie je und wird immer verhindern, daß mächtige Staaten sich in wichtigen Fragen mit weniger mächtigen gleichordnen oder gar sich unter einen Mehrheitsentscheid solcher beugen.

Die Völkerbundspolitik Stresemanns beanspruchte bekanntlich einen ständigen Sitz im Rat. Besonders Großbritannien hatte sich dafür von Anfang an eingesetzt. Das hatte aber Herrn Chamberlain nicht gehindert, zu Locarno im Schatten des Geistes von Locarno im geheimen auch Polen einen solchen Sitz anzubieten. Dasselbe geschah von französischer Seite. Beide dachten, Deutschland werde man schon klein kriegen. Und sie hätten recht behalten, wenn nicht eben Brasilien gekommen wäre. Der Eintritt Deutschlands war durch Stresemann und die Seinen immer nur als unter den Fittichen Großbritanniens gedacht gewesen. Der Ratssitz sollte den „Glanz und den Schimmer", den Titel einer Großmacht, im Widerspruch zur trüben Wirklichkeit, nach außen hin geben. Vielleicht hatte sich der europäische Staatsmann Herr Dr. Stresemann auch so etwas vorgestellt wie ein gegeneinander Ausspielen der Ratsmächte, wenn Deutschland erst einmal darin sei. Auch darin würde er sich gründlich getäuscht haben. Deutschland wäre unter allen Umständen nur Anhängsel an Großbritannien oder aber auch Frankreichs, je nachdem geworden. Mit etwas anderem haben diese beiden Großmächte nie gerechnet und brauchten das auch nicht zu tun, weil sie ihren Stresemann und die außenpolitische Naivität der deutschen Völkerbundsparteien kennen. Man darf auch das folgende nicht vergessen: wenn Stresemann und die Seinen behaupteten und behaupten: „Laßt uns nur einmal im Völkerbund sein, dann werden wir uns schon durchsetzen", so ist zu bedenken, daß die Haltung eines Staates innerhalb des Völkerbundes, der im übrigen derart schwach, abhängig und durch aufgezwungene Verträge und eine Diener-Politik gebunden ist, wie Deutschland, daß ein solcher Staat durch Verhältnisse und Faktoren, die außer dem Völkerbunde liegen, für seine Haltung innerhalb desselben zwingend bestimmt werden kann, in erster Linie durch die Großmächte. Wollen wir uns vorstellen, nach deutschem Eintritt in den Bund habe die deutsche Regierung ein Ziel oder einen Plan, der den Wünschen Englands oder Frankreichs oder beider zuwiderliefe, so würde es diesen Mächten wahrscheinlich leicht sein, der deutschen Regierung außerhalb des Völkerbundes Schwierigkeiten anzudrohen, die sie von ihrem Plan innerhalb des Bundes abstehen machen würden. Daß Deutschland im Völkerbunde nichts gegen Wunsch und Willen der Wallstreet tun dürfte, versteht sich von selbst, andererseits alles tun muß, was Wallstreet auch nur andeutet. Es lassen sich gewiß noch viele Kombinationen und Möglichkeiten ausdenken, aber keine mit der politischen Wirklichkeit zu vereinbarende, welche Deutschland tatsächliche Vorteile gäben, geschweige denn so große, daß die außerordentlichen Nachteile der Bindungen durch den Völkerbundseintritt auch nur annähernd ausgeglichen werden könnten.

Die Umschreibung der augenblicklichen politischen Lage ist hiermit nicht vollständig, sie hat neulich durch Erklärungen des russischen Ministers Tschitscherin und durch andere Momente neue Seiten erhalten. Diese sollen in der nächsten Nummer besprochen werden.

Aus dem Kleinleben von Großbetrieben.

„Das ist doch hier nicht wie auf dem Kasernenhof, daß einer kommandiert und die anderen gehorchen müssen" ist eine der beliebtesten Redensarten in den „Büros" großer Betriebe, die gewöhnlich fällt, wenn sich einer oder mehrere über eine Maßregel einer anderen Stelle ärgert, die unbequem ist und auch wohl unrichtig sein kann. Wenn man aber dann seinem Herzen Luft gemacht hat, tut man alles, was der andere wollte, ohne ihm selbst irgend etwas zu sagen. Eine andere schöne Redensart ist die vom Kadavergehorsam in der Armee, bei dem jeder „stramm stehen" mußte, verbunden mit der Behauptung, daß dort Sozialdemokraten gezüchtet worden seien.

Es ist nun nicht meine Absicht, das alte Heer gegen diesen Blödsinn zu verteidigen, aber etwas ist sicher: Wenn im alten Heere die Vorgesetzten so wenig von der Kunst des Befehlens verstanden hätten, die Untergebenen so wenig Möglichkeit gehabt hätten, sich gegen Unrecht zu wehren und Eingriffe in ihr persönliches Leben abzuwehren und wenn man sich dort so wenig Mühe gegeben hätte in der Sorge um das persönliche Wohl um den Diensteifer und Dienstfreudigkeit, ja um die Zufriedenheit eines Jeden, wie in normalen industriellen und kaufmännischen Betrieben, so wäre die Armee schon vor dem Kriege von 1870 in sich zusammengebrochen.

Man hat eben im Zeitalter des Verdienens, der Rentabilität alles Mögliche organisiert, vom Maschinenautomaten und der schreibenden Rechenmaschine an bis zum Markenanfeuchter, eins hat man vergessen: die menschliche Seele. Es gibt jetzt eine angeblich wissenschaftliche Methode, nach der jeder Mensch auf seine Fähigkeiten und seine besondere Eignung hin geprüft werden soll oder kann. Die viel einfachere Untersuchung des Charakters, bei der man nur aus den Taten zu folgern braucht, ob der Betreffende ein anständiger Mensch ist, unterbleibt. Das ist besonders auffällig und besonders schädlich bei der Auswahl der Vorgesetzten.

Man sollte annehmen, daß diese sich nach der so oft betonten Auswahl der Tüchtigsten regle, in der Weise, daß in ständiger Beobachtung festgestellt wird, wer in seinem Fach am meisten leistet, am meisten Ueberblick und verhältnismäßige Allgemeinbildung besitzt und als Charakter sich dazu eignet, anderen Befehle zu erteilen. Von Protektionswirtschaft, verwandtschaftlichen Rücksichten und Empfänglichkeit für Schusterei und Kriecherei sollte ein moderner, nach rein wirtschaftlichen Rücksichten geleiteter Betrieb doch wohl weit entfernt sein. Das Gegenteil ist der Fall. Wer überhaupt etwas erreichen will, der muß anderen Leuten ständig erzählen, was er für ein tüchtiger Kerl ist, seine Kollegen beobachten und verklatschen und seine Beziehungen ausnutzen. Nirgendwo wird mehr vor höheren Vorgesetzten gekrochen und nirgendwo werden Machtbefugnisse und Stellung schamloser ausgenutzt als bei der „freien" Großindustrie. Der wirklich tüchtige aber hat nur in Ausnahmefällen verwandtschaftliche Beziehungen und fast nie die Fähigkeit, mit seinen Leistungen vor anderen zu protzen. Bekannt wird selbstverständlich, daß er tüchtig ist, aber das ist für seinen Vorgesetzten nur Veranlassung, dafür zu sorgen, daß er seiner Abteilung nicht verloren geht und die Arbeit, die er so gut beherrscht, weiter macht solange, als ihn sein Chef braucht.

Denn im Grunde genommen beherrscht die Auffassung, daß der Arbeiter und der Angestellte ihre Arbeitskraft der Firma vermietet haben, und daß diese darüber verfügen könne, wie sie wolle, das ganze Geschäftsleben. Von der „Arbeitsgemeinschaft", von der man seit der Revolution so viel zu reden wußte und die früher in den patriarchalisch geleiteten Betrieben oft in vollendeter Form zu finden war, ist nichts zu merken. Daß Vorgesetzte, die so zu ihren Posten gelangt sind, von der Kunst des Befehlens nichts verstehen, ist fast selbstverständlich. Meist fehlt ihnen jeder Maßstab für die Arbeitsleistung, die sie dem einzelnen aufbürden, weil sie die gleiche oder ähnliche Arbeit nie als Dauerleistung, sondern höchstens einmal informatorisch oder versuchsweise geleistet haben. Es ist ähnlich, als ob ein Leutnant bei der Infanterie die Möglichkeit einer Marschleistung nach einem gelegentlichen Spaziergang hätte beurteilen wollen und nicht auf Grund der Erfahrungen, die er selbst mit dem Tornister auf dem Rücken und in ständiger Beobachtung seiner Truppe gewonnen hatte. Daraus ergibt sich denn auch, daß man jede Arbeitsleistung für seine Abteilung, die von höherer Stelle (die ebenso durch keinerlei Sachkenntnis beeinflußt ist) auf sich nimmt und durchpeitscht. Wenn sie trotzdem nicht geschafft wird oder andere dringende Arbeiten ihretwegen liegen bleiben, so ist das eben Schuld der faulen Untergegebenen, die mit der Kündigung rechnen können, wenn sie nicht lieber in unbezahlten Ueberstunden oder in häuslicher Arbeit dafür sorgen, daß ihr Chef den Lorbeer für eine ungewöhnliche Leistung einheimst.

Wenn man aber schon etwas Außergewöhnliches für die Hebung der Arbeitsfreudigkeit tun will, so greift man zur Prämienzahlung, zum Stücklohn für geistige Arbeit. Zeitweiliger Mehrverdienst durch äußerste Anspannung aber ist ein sehr zweifelhafter Vorteil und es wird wohl nicht mehr sehr lange dauern, bis gegen dies System der Widerstand sich ebenso erheben wird wie s. Zt. gegen die lohnlosen Stücklöhne, die zu dem bekannten „Akkordlohn ist Mordlohn" führten. Augenblicklich allerdings in den Zeiten des Ueberangebots deutscher Arbeitskräfte kann man sich so gut wie alles leisten. Die Folgen aber, die derartige Verfahren für den inneren Zusammenhang innerhalb der Werke haben, sind verheerend und noch schlimmer sind die, die sich für das Volksleben ergeben. Aber darüber macht man sich anscheinend keine Gedanken, weder in den Betrieben noch auf den Handelshochschulen. Das Geld als einziger Wertmesser ist dort anerkannt und immer weiter werden wir auf den Weg gedrängt, der in den Sklavenstaat führt, in dem es nur noch Arbeitssklaven gibt und Aufsehersklaven aber keinen freien Mann, weder Bauer noch Herr.

Noch will ich annehmen, daß alles, was ich schilderte, dem mangelnden Verständnis untergeordneter Organe zuzuschreiben ist, und daß die wirklich leitenden Persönlichkeiten es nicht wollen oder nur den rechten Weg zur Beseitigung noch nicht gefunden haben, aber ich fürchte, ich irre mich. Denn wer so seine Stellung zur Mehrung des persönlichen Vorteils ausnutzt, wie das an vielen Stellen geschieht, wer es zuläßt, daß sich um ihn eine Kette von Strebern und Schmeichlern bildet, die ihm den Weg zur persönlichen Fühlungnahme versperrt, der hat auch keine Liebe zur Sache, sondern denkt nur an sich selbst. Sonst müßte er sehen, wie das innere Zugehörigkeitsgefühl zum Werk bei Angestellten und Arbeitern ebenso schwindet wie die Arbeitsfreudigkeit. Er müßte auch sehen, daß bei unvermeidlichen Fehlern niemals einer der Vorgesetzten für seine Untergebenen eintritt oder gar ihre Schuld auf sich nimmt, sondern daß die letzteren immer die Prügelknaben sind und bei offenbarem Unrecht, das ihnen geschieht, keinen Schutz finden. Er müßte auch wissen, daß die gänzliche Rücksichtslosigkeit und Interesselosigkeit gegenüber dem persönlichen Ergehen des Einzelnen und das stete Mißtrauen den Wert der einzelnen Arbeitskraft ganz erheblich heruntersetzt und daß nichts mehr anspornt als persönliche Anerkennung der Leistung und des Willens. Viel Schuld mag ja an allem die unglückselige Zeit der verschiedenen Räte haben, aber man sollte doch bedenken, daß der innerste Gedanke dieser Einrichtungen, der, der sie manchen Anhänger finden ließ, der nichts weniger war als Sozialist, entsprungen war aus dem Uebelstand, daß sich Arbeiter und Angestellte einer unpersönlichen herrschenden Gewalt rechtlos gegenüber glaubten. Aber ich fürchte, es handelt sich um Dinge, die mit den Riesenbetrieben deshalb untrennbar verbunden sind, weil sie nichts weiter sind als Einrichtungen, die einem oder mehreren Geldgebern zu möglichst hoher Verwertung ihres Geldes dienen und ihre geldliche Macht erhöhen sollen, und bei denen es auf das Schicksal ihrer Mitarbeiter ebensowenig ankommt, wie auf das, was sie produzieren.

Praktikus.

Kontra Freiwirtschaft.

Von Bankier **Wolfram v. Hanstein.**

Wenn man Volkswirtschaft betreibt, darf man nicht nur die Psyche der Wirtschaft, sondern man muß auch die Psyche des Volkes in Betracht ziehen; wenn man Volkswirtschaft betreibt, darf man nicht nur die Dinge berücksichtigen, die zusammengefaßt die Wirtschaft ergeben, sondern muß auch an die Menschen denken, die vereint das Volk sind.

Herr Bergwerksdirektor Weißleder hat an diesem Elementargrundsatz des Begriffes der Volkswirtschaft nicht gedacht, sondern hat ihn außer acht gelassen; er hat bei seinen gesamten Ausführungen über das Problem der Freiwirtschaft nicht mit den Menschen gerechnet. Vorausgesetzt, daß die Durchführung des Problems überhaupt möglich wäre — was ich im folgenden widerlegen werde — so darf man doch nicht außer acht lassen, daß all die Menschen, die kaufmännisch, die wirtschaftlich nicht tätig sind, ins Hintertreffen gelangen. Wie soll z. B. ein vollauf beschäftigter Beamter, wie soll ein in einer anderen Welt lebender Gelehrter, wie soll eine den wirtschaftlichen Problemen fernstehende Witwe einer künstlichen Inflation gerecht werden. Haben wir doch durch die durchlebte katastrophale Inflation genug der Traurigkeit und genug der Hilflosigkeit erlebt und haben nur wirklich gewiegte — wir können wohl sagen gerissene — Kaufleute einen Teil ihres Besitzes durch die Inflation hindurchgerettet.

Dies sei nur psychologisch vorausgeschickt, um lediglich andeutungsweise auf die rein humanen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen. Sachlich liegt aber ein noch bei weitem größeres und durchgreifenderes Bedenken vor; denn der gesamte Freiwirtschaftsgedanke steigt und fällt mit dem Begriff: Geld.

Die Untersuchung, die die Freiwirtschaftslehre angestellt hat, gehen von dem falschen Ende aus: d. h. sie betrachtet den augenblicklichen Schaden des Kapitals als solchen, sie beleuchtet den augenblicklichen Tatbestand zwischen Kapital und Ware und vergißt dabei, daß ja die Ware auch schon Kapital ist.

Was ist Geld?

Die heutige Wissenschaft der Volkswirtschaftslehre stellt sich auf den Standpunkt, Geld sei — wie Helfferich sagte — das Transportmittel zwischen dem ein Geschäft abschließenden Kontrahenten. Solange diese Auffassung die tatsächliche ist, sind die Ausführungen des Herrn Bergwerksdirektors Weißleder nicht so ohne weiteres abwegig. Jedoch gerade in diesem wissenschaftlichen Begriff liegt der Irrtum.

Geld ist ein Anstatt-Wert, also nicht ein Wert als

solcher. Besitzt Jemand eine Ware im Ueberfluß, so ist ihm diese Ware wertlos, während ihm die Dinge, die er nicht besitzt, die er benötigt, die er begehrt, sehr wertvoll erscheinen. Solange nun der Begriff des Geldes nicht bekannt war, tauschte er die ihm wertlos erscheinende Ware ein gegen die von ihm begehrte, man kannte also den Tauschhandel.

Wie ungesund dieser Tauschhandel ist, besagt schon der stets wahrsprechende Volksmund: Wer tauscht, betrügt. Es soll damit gesagt sein, daß nie festzustellen war und nie festzustellen ist, welche Gegenstände und wieviel von dem begehrten Dinge man sich für die im Eigenbesitz befindlichen Waren eintauschen könnte. Es bestand also eine dauernde katastrophale Schwankung.

So hat man sich entschlossen, einen Gradmesser, eine Barometersäule zu schaffen; d. h. einen Ruhepunkt, ein Wertobjekt, an welchem der Wert der einzelnen Waren gemessen wird. Diese Barometersäule mußte naturgemäß ein Wertobjekt sein, durfte aber andererseits nicht ein für den täglichen Unterhalt erforderlicher Wert sein. So kam man also auf den Gedanken, das an sich wertvolle Metall als Barometersäule hinzupflanzen. An diesem Metall, welches früher durch Gewicht, später durch Münzen fixiert wurde, wurde der Wert der einzelnen Ware gemessen. Mit anderen Worten: ein Zentner Getreide hatte den Wert von X Gramm Metall oder von X Mark und hatte bzw. hat dieselbe Anzahl Gramm Metall oder derselbe Wert Mark den Wert, von so und so viel Meter Stoff.

Es bürgerte sich also ein, daß man anstatt des tatsächlichen Wertes von Stoffen für Getreide einen Metallwert, d. h. einen Anstatt-Wert gab.

Solange nun das Bestreben bestand oder besteht, möglichst viel dieser Anstatt-Werte an sich zu ziehen, während in dem Augenblick, in welchem man bestrebt ist, diese Anstatt-Werte abzustoßen, dieselben negativ sind. Während der Inflationszeit war mithin der Anstatt-Wert ein negativer.

Bei dem Freiwirtschaftsgedanken wäre mithin der Umstand geschaffen, daß die Freischeine, also die Anstatt-Werte, beständig negativer Natur seien. Man wird mir entgegenhalten, daß dies ja gerade das ist, was die Freiwirtschaft erreichen will, jedoch vergißt man, daß alles Negative schon an sich ungesund ist; zumal in der Wirtschaft.

Ist die vorerwähnte Barometersäule negativ, d. h. ist der Anstatt-Wert wertlos, so wird man sich an Stelle des Anstatt-Wertgeldes einen positiven Wert, nämlich den Sachwert schaffen, wie dieses ja in der Inflationszeit geschehen ist. Es ist nun aber von der Psyche des Menschen zuviel erwartet, wenn man annimmt, daß sich die Menschen nun gerade das als Sachwert einhandeln, was der Erdenker der Freiwirtschaft vorschreiben möchte, nämlich Waren, die zur Erhöhung der Produktivität dienen, sondern im Gegenteil, man wird sich Geld in Natur hinlegen, man wird sich Häuser und Grundbesitz anschaffen, man wird Brillanten und Diamanten erwerben oder aber gar ausländische Valuten. Eine weitere Folge hiervon wäre, daß man sich Importartikel besorgen wird und die in der eigenen Nation hergestellten Waren, soweit diese zum Lebensunterhalt nicht dringend erforderlich sind, außer acht lassen wird. Andererseits ist es menschlich allzumenschlich, daß die produzierenden Kreise ihre Waren lieber exportieren, wie solches ja bekanntlich während der Inflationszeit geschehen ist. Eine wirtschaftliche Gesundung würde also nicht eintreten, sondern im Gegenteil, der letzte Rest volkswirtschaftlicher Erstarkung ginge dahin.

Auch ich teile die Ansicht, daß der Zins schändlich und verwerflich ist. Unbegreiflich jedoch ist es nach der gemachten Erfahrung, daß man behaupten will, der Zins höre in dem Augenblick der künstlichen Inflation auf, denn der das Geld ausleihende Bankier wäre zufrieden, wenn er den vollen einmal ausgeliehenen Wert zurückerhielte. Schon in dem Augenblick, in welchem der Schuldner dem Gläubiger trotz der Inflation den vollen Wert zurückgeben muß, ist der Zins in der vollen Rückgabe verschleiert enthalten. Aber abgesehen hiervon wird der Bankier trotzdem Zinsen verlangen. Ich erinnere nur an die Zeit von Anfang Januar bis Ende März 1924, in welcher Zeit man bezüglich der Stabilisierung noch Bedenken trug und die Banken sich eine sogenannte Entwertungsklausel unterschreiben ließen, trotzdem aber recht beträchtliche Zinsen verlangten.

Nein, auf diesem Wege ist nicht der Macht des Kapitals beizukommen, auf diesem Wege wird nicht eine Gesundung der Wirtschaft eintreten und jedes noch so klug ausgedachte diesbezügliche Problem ist hinfällig, wenn man erstens den oben erwähnten Elementargrundsatz der Volkswirtschaftslehre außer acht läßt und wenn man zweitens den Grundbegriff des Geldes bezüglich des positiven und negativen Anstatt-Wertes nicht berücksichtigt.

Der Zweck meines heutigen Artikels ist nur der, im völkischen Sinne auf die Gefahren des Freiwirtschaftsgedankens hinzuweisen, während ein weiterer Artikel von der Kritik des Verneinens Aussicht auf das Bejahende, auf das Mögliche geben wird.

Die Tragödie des russischen Volkes

Von Adalbert Bold.

(Fortsetzung.)

Die russische Regierung hatte als erste und einzige die Judenfrage erfaßt, hatte begriffen, daß der Jude triebhaft den Umsturz förderte. Die Behauptung, daß der Zarismus den Juden ganz besonders schlecht behandelt und so seine Rachsucht erregt hat, ist eine bewußte Entstellung der Tatsachen. Im Westen hielt der Pole den Juden äußerlich kurz, wirtschaftlich beherrschte der Jude das Piastenreich. Die in Rußland den Juden angewiesenen Zonen beschränkten nur scheinbar die Freizügigkeit; für Geld und andere Gaben gelangten die Juden überall hin und der Kaufmann erster Gilde (der Schein kostete 500 Rubel im Jahr) war an keine räumlichen Schranken gebunden. Wohl wurden auch Rohheiten an Juden verübt, sie waren aber in der Regel der Ausfluß der Volkswut gegen jüdische Ausbeutung. In Moskau, Petersburg, Kiew, Odessa hatten Juden als Kommissionäre, Geldgeber, Häusermakler, Güterschlächter Eingang zu den höchsten Kreisen gefunden. Ich habe einen Juden, der seine Laufbahn als Stift in einem öffentlichen Hause Dünaburgs begonnen hatte, in der vornehmsten Petersburger Gesellschaft angetroffen. Die russischen Großbanken wurden von Juden und Judenknechten geleitet, ohne deren Willen der russische Finanzminister kein Geld bekommen konnte. Der jüdische Einfluß ging so weit, daß der in Kiew des Ritualmordes angeklagte Beilis, dessen Verurteilung bevorstand, auf Drängen und Drohen der jüdischen Hochfinanz freigesprochen werden mußte!

Die Willfährigkeit der russischen Jugend zu revolutionärem Treiben, die Neigung des Russen zur Selbstzerstörung hatte der Jude früh erkannt, die Jugend wurde sein gelehriger Schüler. Der geldlichen Beziehungen zu den hohen Kreisen gaben dem Juden die Möglichkeit, die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, mit der russischen Politik zu studieren, überall dort den Hebel der Hetze und Zersetzung anzusetzen, wo der größte Erfolg winkte.

Man sollte meinen, daß die Abneigung des Russen gegen Fremde, sein Rassenhaß ihn für jüdische Beeinflussung immun machen mußte. Das war nicht der Fall. Auch hierin trat die unlogische, zwiespältige Veranlagung des Russen zutage. Die russische Demokratie haßte nach außen, war rassisch duldsam nach innen. Innerhalb Rußlands lehnte sie bis zum Kriege einen „zoologischen Nationalismus" ab. So gewann der Jude als „Russe" freies Spiel. An den wiederholten Anschlägen auf Alexander II, Alexander III., den Großfürsten Sergius, Trepow, Plehwe waren Juden beteiligt.

Alexander III, dessen Wirken als russischer Zar unterschätzt wird, hatte instinktiv erkannt, daß Rußland nach Osten gravitierte. Der Bau der „großen sibirischen Eisenbahn" verlegte die Kraft des russischen Volkes nach Sibirien zum Stillen Ozean. Sein vornehm denkender, aber schwächlicher Sohn Nikolai II. ließ das Werk des Vaters zerschlagen. Großfürsten und hohe Würdenträger schufen in hemmungsloser Macht- und Geldgier die Veranlassung zum Kriege mit Japan. Der Krieg war nicht volkstümlich; trotzdem hätte Rußland siegen können, wenn Kuropatkin die Schlachten durchgefochten hätte, deren Sieg er, wie General Hoffmann bescheinigt, jedesmal in der Hand hatte. Sorge für die rückwärtigen Verbindungen, Angst vor Verantwortung verursachten schmachvolle Niederlagen, über die der Russe frohlockte. Die dem japanischen Kriege folgende Revolution wurde äußerlich niedergeworfen, tatsächlich siegte sie. Die Selbstherrschaft hatte kapituliert, der Zar mußte eine Verfassung bewilligen. Rußland war dem westlichen Parlamentarismus verfallen — die vorletzte Etappe auf dem Wege der Zerstörung Rußlands war erreicht.

Während bestehender Autokratie war die Presse das wichtigste Mittel für Untergrabung der Macht Rußlands gewesen, nun traten Reichsduma und Reichsrat (Oberhaus) ihr zur Seite.

Daß man in Deutschland nicht begriff, wohin die Reise führen sollte, wird eine Schande der deutschen Regierung bleiben. Nur entstellte Berichte aus oder über Rußland drangen in die deutsche Oeffentlichkeit. Aufklärung Wissender wurde unterdrückt, war ein Liv-, Est- oder Kurländer ihr Träger, so wurde er mit dem Stigma „unverbesserlicher Russenfresser" ab und zur Ruhe verwiesen. Die Naivität der deutschen konservativen Kreise zeigte eine verblüffende Unkenntnis und Halsstarrigkeit. Man erklärte einfach, den „Draht nach Rußland" nicht abreißen zu wollen, auf Wilhelm II. Veranlassung wurden mit dem Zaren persönliche Adjutanten ausgetauscht — und alles war in schönster Ordnung!

Entscheidende innere Aufgaben schrieen in Rußland nach Lösung. Die Befreiung des russischen Bauern hatte den Gutsbesitzer ruiniert, den Bauer durch den Gemeindebesitz an die wesenlose Kommune versklavt. Stolypin, ein Mann großen Formats, der Landwirtschaftsminister Kriwoschein suchten den Bauern durch Einzelhöfe seßhaft zu machen. Eine Riesenarbeit wurde in Angriff genommen, aber es war zu spät, die Zersetzung war zu weit vorgeschritten, das Vertrauen zur Regierung war vertan, und um es nicht aufkommen zu lassen, wurde immer wieder auf den „verhängnisvollen deutschen Einfluß" in der Regierung hingewiesen. Die Beglückung des Bauern mit Eigenbesitz nahm eine für den Kenner der Verhältnisse bedenkliche westliche Richtung.

Der Russe konnte seine riesigen Flächen nicht meistern, aber sein Hang zu extensiver Wirtschaft ließ die Gier nach fremdem Besitz nicht ruhen. Bauernagrarbanken suchten in den Ostseeprovinzen, in Polen und Litauen Güter zu erwerben, um russische Bauern anzusetzen. Das waren Vorboten des Krieges, die Fremdstämmigen im Westen sollten abgebaut werden, gelegentlich wurde auf Ostpreußen als geeignetes Siedlungsland hingewiesen.

Die Reichsduma brachte ihre Zeit in eitlem Geschwätz hin. Es half nichts, wenn der verstorbene Purischkewitsch in der Duma sein Bedauern darüber aussprach, daß er bis zu seinen linken Gegnern nicht „spucken könne", daß er in ernster Stunde seinen Landsleuten zurief: „Jetzt ist nicht Zeit, in der Nase zu bohren" und Taten verlangte, wenn Markow 2 die Rußland beherrschenden, meist jüdischen Advokaten „bezahlte Verbrecher" nannte. Aber diese Stilübungen täuschten über den Ernst der Lage, erweckten den Eindruck, daß alles mögliche geschehe, da doch so viel und so gut geredet wurde. Der Russe nimmt gern Worte für Taten.

Hinter der Kulisse des Parlaments konnte die große Politik ungestört betrieben werden. Ein neues staatspolitisches Element war in der „Großfürstenpartei" entstanden. Sie war mitschuldig am Kriege mit Japan, sie hat entscheidenden Einfluß auf den Balkankrieg gehabt. Es war ein meisterlicher Schachzug, diese Großfürstenpartei anzutreiben, man erreichte damit einen doppelten Zweck: einmal konnte durch diese Koterie das Allrussentum ins Schlepptau genommen werden, zum anderen war die Möglichkeit gegeben, auf das „volkswidrige Treiben" der „Gewalthaber" hinzuweisen, die von der „Macht" nicht lassen wollten, um so die russischen Linken (nicht die Linke der Duma, die wußte Bescheid) auf die Beine zu bringen.

Die allrussischen Hetzer und die Umstürzler arbeiteten sich in die Hände. Erstere hatten die Hoffnung, durch einen Krieg und den selbstverständlichen großen Sieg alle inneren Schwierigkeiten zu überwinden. Hilflosigkeit gegenüber den zu bewältigenden Aufgaben schien einen anderen Ausweg nicht offen zu lassen. Die Revolutionäre rechneten mit einer russischen Niederlage, in jedem Falle mußte ein europäischer Krieg schwere Erschütterungen erzeugen, die den Weizen des Umsturzes zur Reife bringen konnten.

Die alte russische Franzosenfreundlichkeit wurde von links und rechts genutzt. Wieder spielten Polen eine geschickte Vermittlerrolle. Ueberlieferte Gegnerschaft zwischen Polen und Russen war ad acta gelegt worden. Unter Führung des Polen Dmowski war der Neoslavismus entstanden, der alle Slawen einigen sollte. So wurde die Brücke zu den Tschechen geschlagen. Slawische Verbrüderungsfeste gaben warnenden Aufschluß über die neue Lage, aber die deutschen Staatsmänner sahen und hörten nichts! Auch der Warnungsruf der „Kölnischen Zeitung" im Frühling 1914 verhallte.

Niklai II. wollte den Krieg nicht, aber er war kein entscheidender Faktor. Großfürsten, Allrussen und Demokraten hatten ihre Beschlüsse gefaßt. Der Zar mußte die Bündnisse mit England und Frankreich eingehen. Er soll, wie uns ein gut informierter Russe gesagt hat, gehofft haben, den Krieg durch seinen Einspruch zu verhindern, wobei er allerdings mit der Geschicklichkeit der deutschen Diplomatie rechnete.

Der Ausbruch des Völkerringens, das durch die täppische deutsche Kriegserklärung einen für Rußland günstigen Auftakt erhielt, machte ganz Rußland zu einem deutschfeindlichen Kriegslager. Die äußerste Rechte in der Duma hielt sich anfangs zurück, fiel aber bald — vielleicht mit Ausnahme von Markow II. und einiger weniger mit Vernunft Begabten — der Kriegspsychose anheim.

Germaniam esse delendam hieß die Losung. Oesterreich war Nebensache, der russische Weg nach Konstantinopel führte über Berlin, dort wollten sich Russen und Franzosen in die Arme fallen.

Die Niederlagen in hunderten von Schlachten, der Fall der „uneinnehmbaren polnischen Festungen" konnten Rußland nicht friedenswillig machen, Petersburg wurde nicht bedroht, Eifersucht Falkenhayns auf Hindenburg und Ludendorff wußte völlige Vernichtung der russischen Heere zu verhindern. Rußland verblutete und zerfiel.

Nikolai wurde friedenswillig, die Verabschiedung seines Onkels Nikolai Nikolajewitsch war ein Ausdruck dafür. Da begann die Hetze gegen die unglückliche Zarin, die, als deutsche Prinzessin, des Verrats an Rußland geziehen wurde. Diese gemeinen und sinnlosen Verdächtigungen hatten einen verhängnisvollen Einfluß; mit ihrer Hilfe wurden die Russen zu erneuten Anstrengungen angepeitscht.

Die gedankenlose Erklärung Polens zum Königreich gab allen Kriegshetzern ein neues Mittel in die Hand.

Aber die Entente wollte sicher gehen. Nikolai II. wurde beseitigt. Der Rechte Schulgin, der Oktobrist Gutschkow, der Lette General Rußki erzwangen die Beseitigung des Zaren.

England hatte die Drähte durch seinen Botschafter Buchanan gezogen. Fürst Lwow, ein liberalisierender Grandseigneur, wurde Regierungschef. Bald wurde er durch den Halbjuden Kerenski ersetzt.

Und nun offenbarte sich die Verlogenheit und Gemeinheit der von Juden geleiteten Demokratie: in Deutschland blies sie zum Frieden, in Rußland hetzte sie weiter zum Kriege.

(Schluß folgt).

Im Namen des Volkes.

In der Strafsache

gegen den am 1. Dezember 1878 in Hörnitz geborenen Schriftsteller

Bruno Albert Tanzmann in Hellerau

wegen Beleidigung

hat das Schöffengericht zu Dresden

in der Sitzung vom 27. November 1924

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Tanzmann wird wegen Beleidigung

zu 1000 (eintausend) M. Geldstrafe,

oder, falls diese nicht beigetrieben werden kann, zu

20 (zwanzig) Tagen Gefängnis

verurteilt.

Die Kosten des Verfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen des Nebenklägers treffen den Angeklagten.

Der verfügende Teil des Urteils ist in der Sächsischen Staatszeitung und im „Reichswart" durch einmaliges Einrücken öffentlich bekannt zu machen, falls hierauf vom Beleidigten, dem sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer in Berlin, binnen einer Woche nach Zustellung des Urteils angetragen wird.

Zentralisierung des Rußlandhandels.

Bei uns in Deutschland haben die Zentralisierungsmethoden der Kriegswirtschaft kein gutes Andenken hinterlassen. Wie weit sie berechtigt waren und wie weit sie übertrieben wurden, sei hier nicht untersucht. Eins dürfte jedoch feststehen: eine für den gegebenen Fall an und für sich gesunde Idee wurde vom heiligen Bürokratius zu Tode geritten, und man geht wohl nicht fehl, wenn man auch dem staatskapitalistisch-merkantilistischen Außenhandelsmonopol der Sowjetunion ein nicht weniger unerfreuliches Ende prophezeien will.

Die Sowjetmachthaber aber halten trotz aller üblen Erfahrungen am Außenhandelsmonopol fest, da sie sich von der Befürchtung leiten lassen, daß das ausgepowerte Unionsgebiet infolge seines Waren- und Kreditheißhungers ohne dieses Monopol zur Beute des internationalen, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas konzentrierten Ueberkapitalismus werden könnte. Neben dieser Befürchtung ist für Moskau die Erwägung maßgebend, daß der in der Hand des Staates zusammengefaßte Außenhandel eine gefürchtete wirtschaftspolitische Waffe ist. Bereitet ein fremder Staat der Union d. S. S. R. politische Schwierigkeiten, so bedroht die Union ihn damit, daß sie ihre Aufträge einem anderen Staate zukommen läßt. Einen derartigen Wirtschaftskrieg hatte die Union gegen uns anläßlich des Zwischenfalls mit der Haussuchung in der Berliner Sowjethandelsvertretung geführt, und sie blieb in diesem Kriege Siegerin. Zu gunsten des Außenhandelsmonopols spricht auch noch eine weitere Erwägung: die Union tritt im Auslande als eine einheitlich tätige Handelsmacht auf, während alle ausländischen Handelsfaktoren derart zersplittert und miteinander verfeindet sind, daß sie sich gegenseitig zu unterbieten bestrebt und nicht in der Lage sind, der Union ihre Preise zu diktieren.

Gegen das Außenhandelsmonopol sprechen weit gewichtigere Gründe. Der Apparat ist zu schwerfällig und zu bürokratisch, als daß er dem überaus mannigfaltigen Bedarf des russischen Marktes genügen könnte. Er wird zu einer Stelle die den Außenhandel bewußt und auch unwillkürlich abdrosselt und sabotiert. Der Aktivität der Handelsbilanz zuliebe soll die Einfuhr nach der Union mit allen Mitteln unterbunden werden, und der letzte Erlaß des Chefs der G. P. U. Sserschinski läßt keinen Zweifel darüber, wie heftig man in Moskau gegen die Brandung des Warenverlangens des russischen Marktes ankämpft. Das russische Wirtschaftsleben geht an diesem unausgeglichenen Merkantilismus zugrunde. Zur eigenen Warenproduktion fehlen der Union die aus dem Auslande einzuführenden Industrieaus-

rüstungen. Ohne Waren, in- und ausländische, kann der Monopolstaat das Dorf nicht befriedigen und es für sein Getreide nicht bezahlen. Ohne ausreichendes Getreide gibt es wieder keine Ausfuhr, die der notwendigen Einfuhr die Wagschale zu halten vermöchte. In diesem circulus vitiosus läuft sich das Außenhandelsmonopol zu Tode.

Doch vorläufig ist es noch da, und Moskau gedenkt daran festzuhalten, zu seinem eigenen, aber auch zu unserem Schaden, die wir den russischen Absatzmarkt nicht entbehren können. Unsere Ausfuhr nach der Union ist der Willkür und dem Gutdünken der Handelsvertretungen der Union auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Ein Festhalten an gut auskalkulierten Preisen ist nicht möglich, die Handelsvertretung schließt mit der Konkurrenz der Unnachgiebigen ab. Diese Konkurrenz gibt sich mit einem vorläufigen Verluste oder Minimalgewinn zufrieden, in der Hoffnung, ihn bei günstigerer Gelegenheit wieder wettzumachen, nur um vom überfüllten Lager abzustoßen und Geld in die Hand zu erhalten, oder sie liefert schlechtere Waren. Es ist ja kein Geheimnis, daß in Rußland über die Schundwaren, die die Handelsvertretung aus Deutschland heimschafft, gründlich die Nase gerümpft wird und daß das Ansehen der deutschen Erzeugnisse in der Union infolge der Schundeinfuhr erschreckend gelitten hat.

Das erste, was eine deutsche Firma tut, die mit der Sowjet-Union Geschäfte machen will, ist das, daß sie einen Vertreter zur Sowjet-Handelsvertretung sendet. Hier macht der Vertreter gleich die üble Erfahrung, daß er sehr von oben herab behandelt wird, nachdem er stunden- oder tagelang in höchst ungastlichen Korridoren antichambrieren mußte; günstigstenfalls wird ihm, nachdem er vorgelassen worden, die Einreichung einer Offerte genehmigt, die vielleicht einmal bearbeitet und berücksichtigt wird, in der Regel aber zieht der Bewerber mit der niederdrückenden Erfahrung ab, daß die Handelsvertretung bereits „so gut versorgt und versehen" ist, daß sein Gang zu ihr wirklich überflüssig war. Setzt der Vertreter sich aber doch durch, so hat er einen ganz bestimmten Weg beschritten. Die Handelsvertretung ist nämlich von einer undurchdringlichen Mauer unzähliger Agenten umgeben, ohne deren Vermittelung ein Geschäft mit der Union nicht möglich ist. Diese Agenten gehen in der Handelsvertretung ein und aus, sie werden stets empfangen, sie sitzen auf den Empfangsstühlen in den Bureaus, plaudern und rauchen ihre Zigaretten, während die Vertreter der deutschen Industriefirmen draußen antichambrieren. Beteiligen die letzteren die Vermittler an ihrem Geschäft, so kommt dieses zustande. Die Maklerunkosten trägt natürlich der Deutsche.

Was diese Makler für Leute sind, braucht nicht erst ausgeführt zu werden. Es sind „Emigranten" in Anführungszeichen, „Russen" in Anführungszeichen, aus Litauen und Polen, Barmats und Kutiskers, die den deutschen Handel nach der Union vollkommen in die Hände bekommen haben. In Berlin gibt es eine Unzahl von Nachkriegsfirmen, die von diesem Maklergeschäft leben, und wenn die Berliner Handelskammer mit einer Liste dieser Firmen herausrücken wollte, dann hätte man es gar bald heraus, wes Geistes Kind die Inhaber jener Firmen sind. Sie stehen wie eine chinesische Mauer zwischen dem deutschen Erzeuger und dem russischen Verbraucher, und während der idealistische Gedanke des Handelsmonopols gerade der des unmittelbaren Kontakts zwischen der Produktion und der Konsumption unter Ausschaltung des Zwischenhandels ist, hat sich das Außenhandelsmonopol der Union dahin entwickelt, daß es nur um der Parasiten des Handels willen da ist. Weder Deutschland noch Rußland hat davon Vorteil; nur die Makler profitieren. Auch hier also die Verkehrung des Sozialismus in sein Gegenteil.

Wie wäre nun diesem „deutschen" Außenhandelsmonopol zu begegnen? Der Gedanke wäre sehr verführerisch, es mit einem deutschen Außenhandelsmonopol ohne Anführungszeichen zu tun. Wenn aber die soliden für die Ausfuhr nach der Union in Betracht kommenden deutschen Firmen sich zusammenschließen, eine Außenhandelsstelle schaffen und ohne diese kein Geschäft mit der Union machen wollten, so würden sich doch weniger solide Firmen finden, die es der Sowjethandelsvertretung möglich machten, die deutsche Außenhandelsstelle links liegen zu lassen. Die Union nähme dann einfach mit den schlechteren Waren ganz fürlieb. Greift man zu staatlichen Maßnahmen gegen die weniger soliden Firmen, indem eine Ausfuhr von Waren, die nicht von der Außenhandelsstelle signiert sind, verboten wird, so verschieben die Makler die Waren nach Polen, Litauen, Lettland, Estland oder Finnland und von dort weiter nach der Union. Es müßten dann besondere Abmachungen mit den Randstaaten hinzukommen, die dem Gedanken eines europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwar nützen würden, deren Zustandekommen aber immerhin problematisch wäre.

Praktischer wäre wohl der Ausbau der Straße, die mit dem 300-Millionen-Kredit beschritten wurde. Wenn nur den soliden Firmen Ausfuhrgarantien geboten werden, und das ist wohl auch vorausgesehen, so bleibt den unsoliden ein sehr gefährliches Risiko. Sie werden zwar von der Union aus protegiert werden, aber diese Protektion wird das Sowjethandelsmonopol schließlich doch ad absurdum führen. Aber ohne eine gewisse Zentralisierung des Russenhandels wird auch diese Straße nicht gangbar sein. Zersplittert sind wir den Sowjetleuten ausgeliefert. Dem Außenhandelsmonopol können wir nur mit ähnlicher, wenn auch besserer Waffe erfolgreich begegnen. In Amerika wird bereits seitens eines Syndikats aus der National City Bank an einer Vertrustung des Rußlandhandels gearbeitet, und auch uns bleibt schließlich kein anderes Kampfmittel übrig. Die Unsauberkeit des Geschäfts mit Rußland muß einmal aufhören. Wir sind nicht reich genug, um all die „Emigranten" mit zu ernähren, die vor allem Berlin zu einer nichteuropäischen Stadt machen und die auf Kosten der deutschen Erzeuger in Berlin die einzigen sind, die mit ihrem Gelde umherwerfen und prassen können. Auch bei einer Zentralisierung wird der jüdische Geldsack nicht zu kurz kommen. Aber die Mauer nach Rußland fände einen Rammbock.

Willich.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: H. Lang, Berlin. Verlag: „Der Reichswart" Verlagsges. m. b. H. Berlin SW 11 Bernburger Str. 30. Druck: Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H.

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7½, Stg. 2×3+7½ Uhr nachmittags halbe Preise
Nur bis April 75 einschl. Auto saltomortal und Manege-Schauspiel Cagliostro
In Vorbereitung: Die Mühle von Sanoussi

Dr. Weiß Asthma-Kurhaus Bln.-Südende.

Detektivbüro Auskunftei, Geschäfts-Privat-, Heiratsauskünfte, Rechtssachen Allerbilligst. Inkasso. O. Lange, Berlin S42, Moritzpl. Aschingerh. Gegr. 1895

Dresden Weltbekanntes vornehmes Haus **Hotel Bellevue** unvergl. herrl. Lage
R. RONNEFELD, Vorstand und Leiter

Dir. Eckes Höh. Vorbereit.-Anstalt **Berlin-Steglitz** Fichtestr. 24 Steglitz 1562. Alle Klassen (gymn. und real), Einjähr. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1883. 2 Villen inmitten groß. Gärten.

Empfehle meine garantiert hochfeinste **Angler-Meierei-Tafelbutter** tägl. frisch aus der Meierei in Postkolli zu 9 Pfd. netto in 1-Pfd.-Stücke geteilt, direkt an Private zu billigsten Tagespr. geg. Nachn. **Molkerei-Versand J. Wald in Schwackendorf** (Landschaft Angeln) Schleswig-Holstein. Bei Bestellungen bitte auf den „Reichswart" Bezug zu nehmen

An Kindesstatt. Möchte einem Kinde guter Herkunft, möglichst blond, auf schönem Landsitz Heimat geben und es zu einem wertvollen Menschen erziehen. — Zuschriften unter L. L. 100 an den „Reichswart", Berlin SW 11, Bernburger Straße 30.

Vorzugsangebot!
Bezieher des „Reichswart" erhalten ab 1. April d. J. die völkische Monatsschrift
Deutscher Volkswart
herausgegeben von Prof. Heinrich Kraeger zum Vorzugspreis von Mk. 1,80 p. Vierteljahr (Preis des Einzelheftes Mk. 80.—)
Inhalt des 1. Heftes des 8. Jahrganges:
1.) Der bevölkerungspolitische Wert des Bauernstandes und seine Erhaltung. Von M. N. Gerstenhauer
2.) Worin besteht die Gefahr des Bolschewismus? Von Nitschewo
3.) Veredelung des deutschen Tanzes. Von A. Püringer-Berlin
4.) Die deutsche Wirtschaftskrise und ihre Ziele. Von E. Piechottka-Berlin.
5.) Vom deutschen Spießer. Von H. Krempel-Freiburg.
6.) Bücherschau.
7.) Aus aller Welt.
Die bisher erschienenen 6 Nummern des 8. Jahrgangs werden soweit vorrätig neuen Beziehern zum Preise von Mk. 3.— nachgeliefert.
Bestellungen nur an
Buchversand-Abtlg. des „Reichswart", Berlin SW 11
Bernburgerstr. 30 Postscheckkonto: 88714

Demnächst erscheint:
Wie ich Deutschvölkischer Christ und ein Vorkämpfer für bäuerliche Siedlung im Großen wurde.
Von Hellmuth v. Müller-Berneck. + Verlag W. Ostwald, Dresden-A. 28
96 Seiten. Mk. 1,00. — Die Schrift ruft auf zur Stärkung des Inlandsmarkts durch Förderung bäuerlicher Siedelung im Großen (alle Volkskraft, einschließlich der Industrie, die Jugend in freiwilliger Arbeitsdienstpflicht am Dörferbau im Großen!)
Buchversandabteilung des „Reichswart", Berlin SW 11, Bernburger Str. 30.

Wer sich über die innerhalb der Landeskirche für deutsches Volkstum und deutsche Heimat kämpfende deutschkirchliche Bewegung unterrichten will, lese
Die Deutschkirche
vierteljährl. Postbezug 1.50 Mark.
Probeblätter der „Deutschkirche", sowie einschlägiges Schrifttum versendet die Hauptgeschäftsstelle vom Bund für Deutsche Kirche in Berlin W 15, Kurfürstendamm 225. Postscheck: Maria Lührs für Bund für Deutsche Kirche, Berlin 139840.

Bücher über die Judenfrage.
Armin, O. Von Rathenau zu Barmat. Der Leidensweg des Deutschen Volkes . . . . . M. 2.—
„ Die Juden im Heer. Eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen . . . . M. 1,50
„ Die Juden in den Kriegsgesellschaften und in der Kriegswirtschaft . . . . . M. 2.—
Bartels, Ad. Die Berechtigung des Antisemitismus. M. 0.50
„ Jüdische Herkunft und Literaturwissenschaft. (Die Geschichte des Judentums in der deutschen Literatur) M. 6.—, Ganzl. geb. M. 7.80
Beck: Geheimnisse der Weisen von Zion. 8. Auflage. Mk. 1.50
Sir Campbell Stuart. Geheimnisse aus Crewe House M. 3.—
Dallmayer, A. Die Geldherrschaft und das Haus Rothschild . . . . . M. 0.30
Delitzsch, Fr. Die große Täuschung I/II geb. M. 6.—
Eckert, J. Der Judenspiegel im Lichte der Wahrheit. M. 3.50
Engelhardt, G. Die Juden und wir . . . . M. 0.25
Ford, H. Der internationale Jude. 2 Bde. M. 4.— Lein. geb. M. 7.—
Fritsch, Th. Handbuch der Judenfrage. 29. Auflage. geb. M. 3.60
„ Der falsche Gott. Beweismat. geg. Jehova. M. 2.25
„ Mein Streit mit dem Hause Warburg. M. 3.—
„ Die Rechtfertigung des Antisemitismus. M. 0.25
„ Der jüdische Zeitungspolyp . . . . . M. 0.40
Gildemeister, O. Juda's Werdegang in 4 Jahrtausenden . . . . . geb. M. 2.50
Hauser, O. Geschichte des Judentums . . . M. 6.—
Holweg: Das Recht der höheren Rasse . . . Mk. 0.60
Kernholt, O. Vom Ghetto zur Macht. Die Geschichte des Aufstiegs der Juden auf deutschem Boden. M. 5.—, geb. M. 7.—
Kurth, P. „Arier und Juden". M. 3.50, geb. M. 5.—
Lynkeus. Der deutsche Buchhandel und das Judentum . . . . . M. 1.20
Meister. Judas Schuldbuch. 50. Tausf. 3.—; geb. M. 4.50
Mun, Rich. Die Juden in Berlin . . . . . M. 1.80
Naudh, H. Die Juden und der Deutsche Staat. M. 0.75
Niedlich, Jahwe oder Jesus? Die Quelle unserer Entartung . . . . . M. 2.50
Roderich-Stoltheim, F. Das Rätsel des jüdischen Erfolges . . . . . M. 2.40
Rohling, Aug., Talmud-Jude . . . . . M. 2.00
Rosenberg, Alfr., Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik . . . . . M. 2,20
„ Die internationale Hochfinanz als Herrin der Arbeiterbewegung in allen Ländern . . M. 1.00
Rudolf, E., Papst, Jesuiten und Juden . . M. 0.20
„ Ritualmord, Judentum u. Freimaurerei. —.50
Winzer, G. E., Die Judenfrage in England . . M. 1.00
Zionistische Protokolle. Das Programm der internationalen Geheim-Regierung . . . . M. 0.80

Adolf Bartels: Geschichte der deutschen Literatur.
Bd. I. Vom Mittelalter bis zur Klassik Brosch. M. 16.—, Halblbd. M. 20.—
Bd. II. Von d. Romantik b. z. Jahre 1871 Brosch M. 18.—, Halblbd. M. 22.—
Die deutsche Dichtung von Hebbel bis zur Gegenwart. I. Die Alten gebd. M. 5.50 II. Die Jüngeren gebd. M. 5.— III. Die Jüngsten gebd. M. 5.—
Deutschvölkische Gedichte v. Adolf Bartels Glanzlbd. M. 6.—
Festgabe zum 60. Geburtstag von Adolf Bartels herausgeg. v. Bartels-Bund durch Walter Loose (200 S.) geh. M. 2.50
Jüdische Herkunft und Literaturwissenschaft. Eine gründliche Erörterung von Adolf Bartels. 8°. 232 Seiten, geheftet 6,— Mk., gebunden . Mk. 7.80

Lesen Sie
Das Buch des Tages! Das Buch des Tages!
Soeben erschien die 8. Auflage

Minister Dr. Stresemann
als Staatsmann und Anwalt des Weltgewissens
von Graf E. Reventlow.
Geheftet M. 1,50, gebunden M. 2,50.
Reichswartleser, sorgt für Verbreitung dieser Schrift!
Früher von demselben Verfasser erschienen:
Völkisch-Kommunistische Einigung? Kart. Mk. 1.20
Kaiser Wilhelm II und die Byzantiner. 1906. Geheftet Mk. 3,—

Rassenkunde des Deutschen Volkes. Von Dr. Hans F. K. Günther. In Ganzleinen gebunden Mk. 12.— In Halbleder gebunden (Liebhaber-Ausgabe) . Mk. 16.—
Kleine Rassenkunde Europas. Von Dr. Hans F. K. Günther. Mit 20 Karten und 353 Abbildungen. In Ganzleinen gebunden . . . . . Mk. 8.—
Der Nordische Gedanke. Von Dr. Hans F. K. Günther. Mit einer Bildtafel. 24 Abbildungen und 5 Kärtchen. Ganzleinen, gebunden . . . . . Mk. 6.—
Erotik und Rasse. Eine Untersuchung über gesellschaftliche, sittliche und geschlechtliche Fragen von Herwig Hartner. 8°. 252 Seiten. Mk. 5.— Ganzleinen gebunden Mk. 7.
Rasse und Seele. Eine Einführung in die Gegenwart von Dr. Lud. Ferd. Clauß mit 155 Abbildungen im Text und 8 Tafeln. 8°. 182 Seiten Mk. 7.— in Ganzl. geb. Mk. 9.—
Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts. Von Houston Stewart Chamberlain, „Ein Buch, das nie veraltet". 2 Bände, zus. geheftet Mk. 10.—, Halbl. geb. . Mk. 15.—
Angewandte Geschichte von Professor Dr. Heinrich Wolf.
Bd. I. Angewandte Geschichte. Eine Erziehung zum politischen Denken und Wollen. 10. Auflage, Mk. 4.— . . . . . gebunden Mk. 6.—
Bd. II. Angewandte Kirchengeschichte. 3000jähr. Kampf gegen Priesterschaft und Priesterkultur. 2. Auflage. Mk. 4.— . . . . . gebunden Mk. 6.—
Bd. III. Angewandte Kulturgeschichte in Mythus, Sage u. Dichtung. Mk. 4.—, geb. Mk. 6.—
Bd. IV. Weltgeschichte der Lüge. 4. verbesserte Aufl. Mk. 6.— in Ganzl. geb. Mk. 8.—
Weltfreimaurerei / Weltrevolution / Weltrepublik. Von Dr. F. Wichtl. Geheftet Mk. 5.—, gebunden Mk. 6.50

Buchversandabteilung des „Reichswart", Berlin SW 11, Bernburger Str. 30
Postscheck-Konto: Berlin 88714. — Bei Voreinsendung portofrei. — Sonst gegen Nachnahme.
Bei Voreinsendung portofrei. — Sonst gegen Nachnahme.

Romane, die die Rassenfrage behandeln u. a.:
Gräfin Salburg: Hochfinanz. Das Buch eines Gewissens. Geheftet M. 4.30, Ganzlein. M. 5.70
H. v. Saltzwedel: Makkabäus Stern. Halbl. M. 4.25 Ganzl. M. 5.00
G. v. Urbanitzky: Das andere Blut. Gebd. M. 3.00
E. v. Kapherr: Im Netz der Kreuzspinne. Mk. 3.— Gb. M. 4.50
Fr. Tamm: Der alte deutsche Gott. Gebd. M. 4.75
Erich Kühn: Rasse? . . . . . Gebd. M. 3.10
Fritz Halbach: Genosse Levi . . . Gebd. M. 1.00
Jutta Jebens: Der Feind im Hause. Gebd. M. 1.00
Seestern: Fu, der Gebieter der Welt. Gebd. M. 5.00
S. A. Duse: Der Antisemit. Detektivroman Gebd. M. 5.00
Schulze-Berghof: Der Geigenmacher von Absam Novelle . . . . . Gebd. M. 4.00
Wilh. Steinkopf: Ingeborg von der Linde Ganzleinen gebunden M. 5.50
Marie Diers: Die Stiefmutter der Snittewinds. Roman Geh. M. 3.—
W. Alexis: Der Isegrimm. Vaterländischer Roman. Ganzl. geb. M. 5.—
Wilh. Lobsien: Karsten Deichfahrer u. andere Novellen. M. 3.—

Deutsche Wirtschaftsziele
von Oberfinanzrat Dr. Bang
2. Auflage.
„Die wichtigste und bedeutungsvollste Neuerscheinung unserer Zeit". — „Die Bibel der Deutschen Wirtschaft". — „Hier wird praktische Anweisung zum Aufbau einer völkischen Wirtschaftsordnung gegeben."
So urteilt die Presse.
Preis: Geheftet M. 4,80; in Pappband M. 5,50; in Ganzleinen M. 6,30

Frankreichs wahres Gesicht. Das Buch der blau-weiß-roten Schande. Die deutsche Gegenliste. Von Hans Weberstedt. Preis geb. Ganzleinen 5.— Rm.

DIE EDDA
Aus dem Altisländischen neu übertragen und erläutert von Otto Hauser.
432 Seiten. Mit vielen Sternkarten. Geheftet 7 M. In Ganzlein. geb. 8 M.
2. Edda-Sonderheft (Deutsche Freiheit, Monatsschrift für arische Gottes- u. Weltenkenntnis) . . . . . 0,50 M.

Die völkische Bewegung

Nachrichtenblatt der Reichsleitung, der Gaue und Landesverbände der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung

7. Jahrgang / Nummer 15 | BEILAGE ZUM „REICHSWART“ | Berlin, den 10. Ostermonds 1926

Aufruf der „Edda-Gesellschaft“ E. V.

Nach außen schwach, im Innern zerrissen, ist das deutsche Volk in Gefahr, den Zusammenhang mit seiner rassischen Ueberlieferung zu verlieren. Und doch ist sie die einzige Quelle, aus der noch Hoffnung und Kraft für die Zukunft geschöpft werden kann. Der Ausgang unserer ganzen körperlichen und geistigen Kultur ist die Edda. Wir haben diesen Mangel an eigenen Ausgangspunkten schon bitter büßen müssen und sind heute zu einer Einsicht geneigt. Um sein Herkommen kommt kein Mensch herum! Das mag sich auch jeder sagen, der allem Fremden oder Nachgewordenen vor unserm ursprünglichen Erbe und Wissen den Vorzug gibt. Ein jeder aber kann erst fremde Anschauungen mit Vorteil und Verständnis aufnehmen, wenn er vorher das ihm Ureigene restlos sich einverleibt hat.

Damit ist die Stellung gekennzeichnet, die wir arischen Menschen von heute der Edda und allen urarischen Ueberlieferungen gegenüber einnehmen müssen.

Vorläufig muß es jedem, der noch echten Erkenntnisdrang besitzt, heilige Pflicht sein, sich mit Ernst und Andacht in die Gedankenwelt seiner Vorfahren, die nach dem Gesetze des Lebens notgedrungen auch die seine ist, einzuleben.

Die Edda-Gesellschaft hat sich die Erforschung der Edda und aller arischen Ueberlieferungen der Welt, sowie die Verbreitung dieser Kenntnis als eine geistige Grundlage unserer Rasse zur Aufgabe gemacht.

Das Ziel soll erreicht werden:

1. durch die vergleichende Erfassung und Erläuterung der Edda mit den anderen arischen Ueberlieferungen, den Weltreligionen, Sprachen, Sagen, Erkenntnis- und Geheimlehren, Künsten und Wissenschaften der ganzen Welt unter dem Gesichtspunkt, daß der Arier der Schöpfer aller Gesittung wurde und noch ist;

2. durch die Ausgabe volkstümlicher aber einwandfreier Uebersetzungen der Edda, welche die Aufgabe erfüllen, Wort, Klang und Pulsschlag dieses heiligen Buches der Deutschen unter das Volk zu bringen, wie es die Uebersetzung der Bibel durch Luther und Homers durch Voß wurde;

3. durch die Ausgabe eines wissenschaftlichen Textes, der die verborgene Weisheit unserer Ahnen aus absichtlicher und unabsichtlicher Verdunkelung befreit und das Geheimnis und die Weihe unserer Rasse von neuem offenbart;

4. durch die Veranstaltung von Vorträgen und Lehrkursen über die Edda und alle verwandten Ueberlieferungen;

5. durch Herstellung von Schulausgaben zur Einführung der Edda in den Lehrplan aller Schulen;

6. durch die Errichtung von Arbeitsgruppen der Edda-Gesellschaft.

Dinkelsbühl, den 29. Nebelung 1925.

Martin Brücher, Schriftsteller, Oberursel, **Dr. Otto Dickel**, Gymnasiallehrer, Augsburg, **Werner v. Bülow**, Sprachforscher, Mittenwald, **Ernst Fuhrmann**, Schriftsteller, Berlin, **Rudolf John Gorsleben**, Eddaforscher, Dinkelsbühl, **Ernst Hauck**, Dorfschullehrer, Spittelstein i. Th., **Hans v. Joeden**, Schriftsteller, Kiel, **Dr. med. Mathilde v. Kemnitz**, München, **Kurt, Prinz zur Lippe**, Schliersee, **Dr. ing. e. h. Albert March**, Charlottenburg, Frau Geh. Rat **Mathilde Merk**, Darmstadt, **Hans Georg Müller**, Verleger, München, **Karl Rüse**, Volkswirt, Göttingen, **Karl Reinhold Petter**, Schriftsteller, Danzig, **Dr. Erik Riedl Riedenstein**, Aussig, Böhmen, **Dr. Arnold Ruge**, Privatdozent, München, **Dr. Thassilo Scheffer**, Direktor der Heimatsschule, Bad Berka, Rektor **Alfred Schmidt**, Brehna, **Thassilo Graf Strachwitz**, Salzburg, **Prof. Dr. Kaspar Stuhl**, Oberstudienrat, Würzburg, **Karl Weinländer**, Oberlehrer, Weißenburg i. B., **Dr. Arnold Wagemann**, Amtsrichter a. D., Göttingen, **Edmund v. Weeus**, Altertumsforscher, Düsseldorf.

Fröhliche Wissenschaft

zugleich mit einem kurzen Bericht über die Gründungssitzung der E.-G.

Gelegentlich einer Zusammenkunft in Dinkelsbühl am 29. Nebelungs 1925, an der die Unterschriebenen des voranstehenden Aufrufes leibhaft oder durch Stimmübertragung vertreten waren, wurde die Edda-Gesellschaft gegründet. Den Eingeladenen wurden die Satzungen im Entwurf vorgelegt. Aenderungsvorschläge wurden erörtert und die endgültigen Satzungen beschlossen. Die Wahl ergab als Hochmeister Herrn Werner v. Bülow, Mittenwald, als Kanzler den Unterzeichneten. Beide wurden ermächtigt, den Vorstand durch Zuwahl zu ergänzen. Die Vorschläge gehen in diesen Tagen hinaus. Die Edda-Gesellschaft hat in Dinkelsbühl eine Geschäftsstelle eröffnet. Für Satzungsänderungen, die etwa vom Registergericht gefordert würden, erhält der Kanzler Vollmacht. Die Eintragung der Edda-Gesellschaft in das Vereinsregister ist beantragt. Ihre Ziele und Aufgaben erkennen unsere Freunde aus dem erwähnten Aufruf, aus den Satzungen und der Verfassung, die auf Verlangen übersandt werden. Um es zu Taten zu bringen, bedürfen wir allerdings dringend der Unterstützung und Förderung Aller, die unserer Art und Meinung sind. Das Sprachrohr der E.-G. ist die „Deutsche Freiheit“.

Der Gedanke einer Edda-Gesellschaft stammt von dem Unterzeichneten und geht auf mehr als vier Jahre zurück. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß er überstürzt, aus dem Stegreif oder zur Ausnützung irgend einer günstigen Zeit oder Gelegenheit, nun in die Tat umgesetzt wurde. Viele Schritte wurden im Laufe dieser Jahre unternommen, die aber bei den Stellen vergeblich waren, die von Berufs wegen die Ersten und Nächsten zur Aufnahme einer solchen Anregung hätten sein müssen. Eine neue Gesellschaft? —

Trotzdem glauben wir, die wir uns unter dem heiligen Namen der Edda zusammenschließen, daß wir wesentlich anderes erstreben, als der größte Teil jener Gesellschaften, die sich einen großen Namen borgten, um ihn allzuoft zu mißbrauchen. Wir zweifeln nicht, daß auch hier im Einzelnen Ausgezeichnetes geleistet wurde, aber sozusagen zufällig, denn allen diesen Unternehmungen mangelt das Wesentliche jeder lebendigen Zusammenarbeit, die geschlossene Gemeinschaft ihrer Mitglieder aus Blut und Geist:

Gleiches wird nur von Gleichem verstanden!

So sagt der große Weise und Eingeweihte Pythagoras. Es hat längst keinen Sinn mehr, die tauben Früchte solcher „Weltbürgerlichkeiten“ einzuheimsen, seit in den Reihen dieser Gesellschaften der Trieb jener Rasse führend und vorherrschend wurde, der jeder geistigen und körperlichen Hochzucht bei Gefahr seines Bestandes vorbeugen muß durch die Lüge von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Schon längst ist die arische Rasse als die Schöpferin aller Gesittung, aller Sprache, aller Kunst und alles Gottums auf der Erde erkannt und erwiesen, unter welchem Volke oder unter welcher Mischrasse ihre Zugehörigen auch eingekeilt leben, darum kann nur der Arier Wissenschaft treiben und der Wahrheit dienen. Wir haben den Mut, daraus die notwendigen Forderungen zu stellen an uns und unsere Mitarbeiter. Wissenschaft läßt sich, das wird auch schon den Bedenkenlosen klar, von Rasse und damit von ganz besonderer Kunst, Gesittung und Gottverbundenheit nicht trennen, sonst kehrt die Weisheit uns den Rücken. In Wahrheit ist alles Einheit und die Spaltung in Objekt und Subjekt, in Sache also und Person, ist ein Irrtum, eine Täuschung, an der alle unsere Erkenntnis krank ist.

Das Niederrassentum hat diese Unterstellung in unser Denken geworfen, weil seiner Zwiespältigkeit, seinem körperlichen und geistigen Bastardtum der Gedanken der Einheit alles Seins, das Bewußtsein des Göttlichen, der höchsten Reine, unfaßlich und unbegreiflich ist, weshalb es auch die Objektivität, das Unpersönliche in Wissenschaft und Forschung zu einem Götzen machte, dem alle Gottentfremdeten unterlagen. In dieser getrübten Erkenntnissuppe mußten die Sehenden mit den Blinden unter gleichen Bedingungen — — — schwimmen und fischen. Der Minderrassige vermag allerdings nicht in dem Maße subjektiv zu sein wie der Arier, weil ihm die Persönlichkeit aus reinem Blute, das höchste Glück der Erdenkinder, mangelt. So beraubte er die Reinen, die er bewundert, haßt und beneidet, um den Vorzug ihrer Unmittelbarkeit und führte die Objektivität ein, den Verzicht auf die Wesenheit in Dingen der Erkenntnis, welcher Fessel der anständige Geist gar nicht bedarf, weil er auch subjektiv mit seinem Ich, seiner Welt im kleinen, die Welt im großen, den Makrokosmos, das Ganze erkennend umfaßt.

Wissenschaft ohne rassische Forscherauslese leitet das Reine ins Unreine. Ein Neger vermag nichts über nordische Rasse und Seele auszusagen, es sei denn Ab-erkanntes und Ab-gelauschtes, also niemals etwas Eigenschöpferisches, der Arier aber sehr wohl über Negerisches, woraus schon alleine folgt, daß alles Unter-Menschenleben auf der Erde irgend einmal oder zu verschiedenen Zeiten, seine Sprachen, seine Gottümer, sein Wissen und seine Gesittung, durch unsere götterliche Beiwohnung befruchtet wird, wie alle Mythen und Sagen in reicher Mannigfaltigkeit melden. Der Neger oder der Jude sind nicht etwas Primitives, Urtümliches, Unentwickeltes, wie ein halbes Wissen vermeint, sondern etwas hoffnungslos Absterbendes, Unverbesserliches. Wir Arier vermögen uns in alles und in alle einzudenken, weil unser Götterblut in allen fließt, weil alle Unterrassen als Menschenbilder nur von unserer höheren Zugabe als „Menschen“ leben. Der Löwe ist ein Tier, daran ist kein Zweifel, ob aber der Menschen-Affe noch ein reines Tier ist? Der reine Arier, der Norde, der Hellene ist nicht Mensch wie der Misch-Masch-Mensch der „Menschheit“, er ist in Wahrheit und allein ein Ebenbild Gottes, ein Gote; der Zulu anderseits, wir lächeln im Gedanken an den Vergleich, ist eine Karikatur auf einen Apollo, aber auch nicht ganz Tier, auch nicht der Mongole, der Semit, nach mehrfacher Aufstufung, doch wird er niemals Göthe, Gote oder Gott, sein Ebenbild. Die „Menschen“ sind Bastarde zwischen Göttern und Tieren, wie alle alten heiligen Bücher Reinen erzählen, einschließlich der Genesis. Die Sonne bringt es an den Tag. Sprechen wir es gelassen aus, was die Sprache dem Wissenden mit untrüglichem Gleichmut verrät: Es gibt „Götter, Goether und Köter“. Wer dies nicht hört, ist taub, ist zu bedauern, wer dies nicht erfühlt, ist tot bei lebendigem Leibe, ist verdammt. Wir verkünden, mit schwachen Stimmen, noch die Fröhliche Wissenschaft, einst wird die Welt sie brausen hören! Die Edda-Gesellschaft wählt ihre wissenschaftlichen und unwissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitglieder nach rassischen Gesichtspunkten aus. Sie erstrebt nicht nur eine, meist so einseitige, Arbeitsgemeinschaft, sondern die Heraufkunft einer eddischen Lebensauffassung auf Grund rassischer Lebensgemeinschaft, die wiederum nur unter gleichen möglich ist. Die europäische Gesellschaft und Geselligkeit, die noch vor hundert Jahren durchaus aristokratisch war, wurde in dem Augenblick zerstört, als sie dem Juden Einlaß gewährte und damit die rassige Wahlverwandtschaft und die Wohlgeborenheit verlor. Nur sehr Stumpfsinnige und Dumpfgewordene werden bei allen geselligen Anlässen diesen Mangel nicht empfinden, der nur durch rassische Uebereinstimmung der Zugelassenen behoben wird. Ein Tropfen Essig gerade im edelsten Wein zerstört seinen Duft und macht ihn untrinkbar.

Rudolf John Gorsleben.

Verdummungsnarkose.

Meldorf.

Die sogenannte Reichszentrale für Heimatdienst ist in völkischen Kreisen ja sattsam bekannt. Allen ist wohl noch in Erinnerung, wie dem deutschen Volke im Jahre 1924 das kleine Heftchen beschert wurde, welches den Titel „das Sachverständigengutachten“ trug. Das Ziel war damals, dem guten deutschen Michel sollte auf diesem Wege klar gemacht werden, daß die einzigste Rettung Deutschlands in der Annahme der Davesgesetze liege. Wie es nun mit der tatsächlichen Rettung aussieht, haben einige Deutsche, denn man kann nicht sagen viele, begriffen. Die Reichszentrale für Heimatdienst hatte damals den Erfolg für sich zu buchen. Vielleicht ist es richtiger, daß man hier für Reichszentrale den Namen Stresemann einsetzt. Heute müssen doch wieder große Ziele auf dem Spiele stehen, wenn die Reichszentrale bis in die kleinsten Kreisstädte geht, um dort „unpolitische“ staatsbürgerliche Erziehungskurse einzurichten. Ein kleines Mißtrauen kann wohl keinem Menschen übelgenommen werden. Der Gang der Sache ist kurz der. Mittels privater Einladung und durch Inserat bittet die R. f. H. interessierte Damen und Herren, doch an den „kostenlosen“ Vorträgen teilzunehmen. Einleitend erklärt dann ein Herr Weymann, welche idealen Ziele diese R. f. H. dazu bewogen haben, diese „Erziehungskurse“ einzuführen. In schönen Worten wird den Zuhörern gesagt, daß jeder Deutsche sich so zu bilden hätte, daß er sein Tun zum Wohle des Ganzen einzustellen habe. Dagegen können auch wir Völkischen nichts sagen, denn dies bedeutet bei uns erste staatsbürgerliche Pflicht. Weiterhin legt der betr. Herr einem klar, daß die Aufgabe der R. f. H. die staatsbürgerliche Erziehung sei, welche keiner politischen Partei zu dienen habe, sondern dem Staat als Ganzen. Schöne Worte, hinter denen man aber als Empiriker die Wahrheit der Ueberzeugung vermissen muß. Nun zu den Vorträgen selbst.

Als erster Redner sprach Herr Rektor Hansen aus Lunden über die Grundlagen deutscher Außenpolitik. Zu diesem Vortrage ist nichts zu sagen. Er hätte von einem völkischen Vortragenden wenig besser gehalten werden können.

Man kann den Veranstaltern ein psychologisches Verständnis nicht absprechen. Nach den wirklich einwandfreien Worten des Herrn Hansen kam nun eine Reklamerede für das anzustrebende Paneuropa. In diesem Vortrage konnte man klar erkennen, was dem deutschen Michel mundgerecht gemacht werden sollte. Das Thema nannte sich: „Deutsche Wirtschaft vor und nach dem Kriege“. In diesem Vortrag, den ein Herr Dr. Sperlich vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Kiel, hielt, fiel den Herren die Maske vom Gesicht. Der unpolitische Charakter dieser Tagung ging vollkommen verloren. Man hörte Worte, wie

„Der Davesplan ist die Grundlage des Verständnisses und des Vertrauens,

Locarno war die Notwendigkeit der Einigung, sonst müßten wir über Deutschland drei Kreuze machen.“

Zu dem ersten wörtlichen Satz des Vortragenden ist noch ganz besonders zu bemerken, daß der Vortragende sich aber nicht ganz auf den Boden seines Ausspruches stellen kann, denn unvorsichtigerweise entfahren ihm nachher die Worte:

„die Zahlen des Davesgutachtens möchte ich Ihnen nicht nennen, meine Damen und Herren, sonst könnte Ihnen der Appetit zum Abendessen vergehen.“

Diesen Ausspruch gebraucht der Herr Dr. Sp., als er sich mit warmen und überzeugungstreuen Worten für die Vereinigung Europas einsetzt. Aus allen Worten des Vortragenden konnte man immer wieder diesen einen Gedanken erkennen, den Herr Dr. Sp. auch wörtlich aussprach:

„Wir müssen unser Auge auf ganz Europa richten, sonst können wir hinter der deutschen Wirtschaft drei Kreuze machen.“

Einige kulturgeschichtliche Unklarheiten, um nicht das scharfe Wort Fälschung anzubringen, kann man dem Vortragenden nicht übelnehmen, da ihn sein Studium wahrscheinlich keinen Einblick in die Kulturgeschichte gewährt hat. Man kann wirklich nicht Kulturgeschichte aus parteipolitischen Informationsbriefen studieren. Es muß doch tatsächlich als Unkenntnis bezeichnet werden, wenn während des Vortrages mehrmals von einer europäischen Kultur gesprochen wurde. Es gibt mehrere sogenannter Kulturen in Europa, während es nur eine wirkliche gibt, und die brauchen wir nicht europäische zu nennen, sondern wir müssen sie „Germanisch-Deutsche Kultur“ nennen.

Von diesen Taktlosigkeiten dem völkischen Empfinden gegenüber wären noch mehrere aufzuführen. Es tut nicht nötig. Die Hauptsache liegt darin, daß man das große Ziel dieser Tätigkeit erkennt. Die nicht unmittelbaren Schleppenträger des Herrn Reichsaußenministers sollen chloroformiert werden, damit sie aufnahmefähig werden für die Gedanken des neuesten politischen Großziels (die Völkerbundsfrage ist bereits nicht mehr akut), und das ist

„Pan-Europa“.

Also mein lieber Deutscher, begrabe Dein deutsches Nationalgefühl und lerne Dich als Europäer fühlen, oder wache endlich auf und sehe klar in die Zukunft, anstatt die Silberstreifen zu suchen am schwindenden Horizont. Diese Silberstreifen waren nur flüchtiger Nebel.

Koosch.

Hauszinssteuer.

Rede des Abgeordneten Stock im Landtag am 18. März 1926.

Zu diesem umstrittenen Gegenstande sei, auf zahlreiche Anfragen, die folgende Rede abgedruckt.
E. R.

Der völkische Redner im Reichstag sagte am 5. August 1925 bei der zweiten Beratung des Finanzausgleichsgesetzes zwischen Reich, Länder und Gemeinden:

„Alle Parteien haben zum Ausdruck gebracht, daß die Hauszinssteuer eine der ungerechtesten, brutalsten und unsozialsten Steuern ist. Wir Völkischen verstehen deshalb nicht, warum man diese unvolkstümliche Steuer noch auf mehrere Jahre verankern will. Wenn sie einmal so lange besteht, wird ihre Abschaffung immer schwerer werden. Höchstens wird ihr ein neues Etikett aufgeklebt.“

Das neue Etikett, das ihr der Herr Finanzminister aufgeklebt und das der Hauptausschuß ja wieder entfernt hat, heißt „Gebäudeentschuldungssteuer“. Bei dem Gesetzentwurf einer Hauszinssteuer bezeugen die in der zweiten Lesung im Hauptausschuß gefaßten Beschlüsse die tiefe Wahrheit des alten Sprichwortes: Das ist eben der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Interessant ist es, wie die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, die zwar in verschiedener Gruppierung, schließlich aber doch im trauten Verein

in der Dritten Steuernotverordnung und am Reichsfinanzausgleichsgesetz mitgewirkt haben, die Vaterschaft an der „brutalen“ Hauszinssteuer abzuleugnen versuchen. In echt republikanischem Männermut verkriechen sie sich heute, nachdem sie im Reiche den Todestrank für die deutsche Wirtschaft zusammengebraut haben, hinter dem Vorwande, daß der Landtag durch die Gesetzgebung im Reiche gezwungen sei, die Hauszinssteuer zu verabschieden. Sie tun das natürlich nicht, ohne den betrogenen Kreditgebern, den Hypothekengläubigern und Sparern, die ja in der Hauptsache die Hauszinssteuerlast zu tragen haben, die Geste zu machen. Wir sind der Auffassung, daß die Steuer unsozial ist und so schnell wie möglich fortfallen muß. Diese Schnelligkeit sieht in der Praxis aber so aus: Der Hauptausschuß nimmt die Gültigkeit dieses Gesetzes bis zum 31. März 1926. Man kann ruhig sagen, zunächst bis zum 31. März 1928. Denn nach der wirtschaftlichen Katastrophenpolitik seit 1918 ist bestimmt damit zu rechnen, daß nach dem 1. April 1928, wenn die „Schonzeit“ der Dawes-Gesetze überstanden ist und 2½ Milliarden aus der ersterbenden deutschen Wirtschaft herausgepreßt werden sollen, dieses Gesetz, der organisierte Raub an den Mieten, seine Auferstehung mit erneuter Steuererhöhung erleben dürfte. Dabei ist festzustellen, daß die Hauszinssteuer im Hauptausschuß in der zweiten Lesung auf der ganzen Linie über den Gesetzentwurf der Regierung hinaus Verschlechterungen und Verschärfungen gebracht hat. Damit aber zugleich auch eine Not und Sorge über unsere schwer darniederliegende Landwirtschaft. Die anfänglichen Verhandlungen vom 19. Februar im Hauptausschuß ließen diese Wendung der Dinge zunächst nicht erkennen. Der Herr Finanzminister erklärte sogar, daß die Fischereibetriebe mit Ausnahme der Hochseefischerei, ohne weiteres der Landwirtschaft zuzuzählen seien. Ein dahingehender Antrag im Hauptausschuß wurde angenommen. Seine Annahme hatte nur Sinn, wenn die Landwirtschaft aus der Hauszinssteuer herausblieb. Bei der entscheidenden Abstimmung zeigte sich nun plötzlich ein anderes Bild. Die Zentrumsabgeordneten Kloft und Mettinger, deren Namen in Landwirtschaftskreisen geläufig werden müssen, übten nicht mehr, wie in der ersten Lesung, Stimmenthaltung, sondern gingen mit der Linken, deren Anträge die völlige Verständnislosigkeit der Landwirtschaft gegenüber zeigen, eine Mehrheitsfront gegen die Landwirtschaft ein. Das ist ja an sich bei der schwarz-rot-goldenen Internationale, die durchaus die Interessen des jüdischen Weltkapitalismus zu vertreten hat, nicht zu verwundern. Nur die schleicherische Art, in der man gerade vom Zentum nationale Politik zu markieren sucht, um im entscheidenden Augenblick in die Gefolgschaft der „roten Brüder“ zu gehen oder auf die Butterseite der Politik zu fallen, ist kennzeichnend für die „olle ehrliche Zentrumspartei“.

Bekanntlich war bereits vor zwei Jahren einmal die Heranziehung der landwirtschaftlichen Gebäude zur Hauszinssteuer vom 1. Oktober 1924 ab beschlossen. Mit einer großen Mehrheit von der Deutschenationalen Partei bis zu den Sozialdemokraten einschließlich beschloß jedoch der Landtag im September 1924, diesen Beschluß wieder aufzuheben wegen der von allen diesen Parteien anerkannten Notlage der Landwirtschaft. Die Vorlage, die das preußische Staatsministerium im November 1925 dem Staatsrat vorlegte, ließ die landwirtschaftlichen Gebäude bei der Steuer fort. Erst der Staatsrat hat in seinem Gutachten beschlossen, die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Gebäude sind unter Berücksichtigung dieser eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit zur Steuer heranzuziehen. In der Begründung der Vorlage an den Staatsrat heißt es wörtlich:

„Der Entwurf zieht die landwirtschaftlichen Gebäude nicht zur Gebäudeentschuldungssteuer heran. Die entscheidenden Gründe für die derzeitige Steuerfreiheit liegen in der Höhe der Belastung der preußischen Landwirtschaft durch Personal- und Realkredite. Neben der Rentenbankbelastung von 1,2 Milliarden Reichsmark und der Belastung durch die Aufwertung beträgt die Beleihung durch Landschaften und Hypothekenbanken zurzeit 6 000 000 000 Reichsmark, zu denen noch die Hypotheken von privater Hand treten. Aus dieser Belastung und der hohen Personalverschuldung ergibt sich eine jährliche, laufende Geldverpflichtung, die der der Vorkriegszeit ungefähr gleich ist. Mit Rücksicht hierauf und die schwierigen derzeitigen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, sowie auf das schwierige technische Veranlagungsverfahren — das wegen der Zerlegung der auf der landwirtschaftlichen — der landwirtschaftlichen Betriebseinheit ruhenden dinglichen Last auf die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke und die Gebäude nach dem Verhältnis ihres Wertes nötig wird — erscheint es richtiger, den landwirtschaftlichen Gebäude gemäß §§ 33 ff. der Dritten Steuernotverordnung heranzuziehen.

Da die demokratischen Vertreter einschließlich ihres Finanzministers für jede Sache immer mehrere Meinungen auf Lager haben, stand der ersten Meinung des Herrn Finanzministers, die Landwirtschaft sei nicht in die Steuer einzubeziehen, seine zweite Meinung im Hauptausschusse, die er sich vom Volk suggerieren ließ, gegenüber. Er führt dort aus: Es sei zu erkennen, daß die Einstellung der Bevölkerung für die Beseitigung der Steuerfreiheit der Landwirtschaft spreche. Für die Aenderung des jetzigen Zustandes spräche der Umstand, daß die aus der Steuer aufkommenden Beträge zum erheblichen Teil auf dem Land Verwendung finden. Auch wir treten selbstverständlich für die Behebung der vom Herrn Finanzminister angegebenen Grenzfälle ein, daß beispielsweise ein Arbeiter mit kleinem Landsitz Hauszinssteuer zahlen muß, während neben ihm ein Landwirt mit größerem Besitz steuerfrei bleibe. Wir glauben aber, daß man diese Grenzfälle sehr gut abändern kann, ohne der mit dem Tode ringenden Landwirtschaft neue Lasten zu den alten untragbaren auferlegt. Die Einwanderungen der Städte über den nach ihrer Ansicht viel zu geringen Anteil, den sie aus der Hauszinssteuer erhalten, sind im allgemeinen nicht stichhaltig. Wenn die Hauszinssteuer überhaupt einen Sinn haben soll, so muß sie im wesentlichen und müßte sie ausschließlich zur Hebung der Wohnungsnot dienen, unter der das deutsche und preußische Volk heute leidet, wie noch nie zuvor. Diese entsetzliche Wohnungsnot ist eine große sittliche nationale Gefahr. Die Hauszinssteuer hat ferner nur einen Sinn, wenn die Kleinrentner ihre Ausgaben damit bestreiten können, die ihnen infolge der Inflation entstanden sind. Die Inflation hat nicht nur die Städte betroffen, sondern das ganze Land. Im Interesse der deutschen Volkswohlfahrt aber liegt es, daß der Wohnungsbau auf dem Lande mit allen erdenklichen Mitteln gefördert wird. Der Staat, der der Volksgesundheit aufmerksame und liebevolle Pflege zuteil werden läßt, wird es zu verhindern suchen müssen, das weitere Abwanderungen aus dem platten Lande nicht zu einer Gefahr für den Staat werden, der die Quelle seiner Kraft in der Landwirtschaft besitzt. Aus diesem Grund halten wir die Bestimmungen, die die Gesetzgebung über die Einfamilienhäuser bringt, für völlig unzureichend. Gerade das Einfamilienhaus kann und muß die Grundlage werden für ein menschenwürdiges Wohnungswesen in der Stadt wie auf dem Lande. In dieser Beziehung könnte der Londoner Wohnungbau auch vorbildlich sein für die Zukunftsentwicklung der Großstadt Berlin. Wir wissen leider, daß die Ansichten darüber, ob es eine unbillige Härte ist gegenüber dem Eigentümer, die Steuer einzutreiben, bei der Steuerbehörde oft im schroffsten Widerspruch stehen zur wirtschaftlichen Lage des Eigentümers. Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht vergessen, der Regierung zu empfehlen, daß bei der Befreiung von der Hauszinssteuer auch die schwierige Wirtschaftslage der kinderreichen Familien eine starke Berücksichtigung findet, daß die Einkommerzwenge, welche für die Befreiung maßgebend sein soll, dem Familienstand entsprechend erhöht wird. Gerade die kinderreichen Familien sind aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen gezwungen, eine größere Wohnung zu halten. Hier ist gründliche Hilfe höchstes Interesse des Staates. Zusammenfassend möchte ich sagen: Man hat sich in Preußen wieder einmal nicht von wirtschaftlichen notwendigen Gesichtspunkten leiten lassen bei diesem Gesetz, sondern auf den Druck der Masse hin sich über die Staatsnotwendigkeiten hinweggesetzt. Die Inflation hat zunächst den Mittelstand und der Arbeiterschaft die sauren Spargroschen zu Wasser gemacht, mit der Einführung des sogenannten notbeständigen Geldes stürzte man sich mit einem beispielslosen Steueraussaugungssystem auf das letzte Bollwerk des Staates, die Landwirtschaft. Heute werden in großer Zahl die Söhne vom zielbewußten Stamme „Nimm“ landwirtschaftlich ausgebildet, d. h. sie empfangen gegen einen geringen Bruchteil des dem deutschen Volk von ihren „Vätern“ geraubten Geldes die Anwartschaft, Landbesitz zu erwerben. Und die Zeit für die Inflationshyäne, die sich bei der Judenfreundlichkeit der preuß. Regierung an dem deutschen Volke gut hat mästen können, ist Dank der Kredite der mit ihnen verknüpften Zinslasten so glänzend wie nie. Im Wahlkreise Frankfurt a. Oder—Grenzmark besitzen Moses Erben, die Erben der Männer, deren Weltjudenblatt, das „Berliner Tageblatt“, gegen die Agrarier hetzt, allein ca. 30 000 Morgen Land. Sie können es uns nicht übelnehmen, meine Damen und Herren, wenn wir zu den Männern der Wirtschaft und der Finanzen im Reiche wie in Preußen kein Vertrauen haben. Um der 800 Millionen-Kredite von Amerika willen nehmen sie die Gesetze der freiwilligen Versklavung, die Dawes-Gesetze, an, um nach einem halben Jahre aus der Wirtschaft, die sie dadurch zum Erliegen brachten, 6½ Millionen Ueberschuß herauszupressen. Indem sie auch heute wieder die deutsche Landwirtschaft mit neuen Ketten belasten, während sie nach außen hin der „Locarnopsychose“ verfallen sind, einer brünstigen Liebe zum „Weltgewissen“, die allerdings außerordentlich einseitig ist, zeigen sie, daß sie, trotz aller nationalen Redensarten, außerordentlich geringes Verständnis haben für deutsche Ehre. Sie haben seit 1918 bewiesen, daß sie gehorsame Diener des internationalen Judentums sind. Deshalb auch hier im Hause die jüdische Einheitsfront von Falk bis Heilmann und Ketten; die führenden Locarnesen, die unser Volk durch den Schwindel über die Fürstenabfindung von dem Bankrott, in den sie die deutsche Wirtschaft, und besonders die deutsche Landwirtschaft, geführt haben, ablenken wollen, sind eben die Hakennesen. Wir lehnen deshalb die unsittliche Hauszinssteuer im ganzen ab.

Der Kampf der Elternschaft um den Bildungsaufstieg ihrer Kinder.

Die Elternschaft in Preußen, die ihre Kinder der höheren Schule zuführen möchte, kommt so leicht nicht mehr zur Ruhe. Die Ausführungsbestimmungen des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zum sogenannten Grundschulgesetz vom 18. April 1925 haben im ganzen vorigen Jahre zu lebhaftem Kampfe von seiten der durch die Ausführungsbestimmungen benachteiligten Eltern, bei denen es sich darum handelt, die Vorrechte des Geldsackes wieder herzustellen oder einen „vorzeitigen“ Uebergang in die höhere Schule zu ermöglichen, hat endlich die Preußische Regierung veranlaßt, mit den Vertretungen anderer Länder im November v. Js. Richtlinien für die Ausführung der kleinen Grundschulgesetze zu vereinbaren. Die übrigen deutschen Länder haben rechtzeitig die auf Grund der Richtlinien nötigen Anordnungen getroffen. Nur Preußen ist wieder im Rückstande. Erst am 21. Januar d. J. sind die Richtlinien vom preußischen Staatsrat, in der vereinbarten Form genehmigt worden, aber noch bis heute sind weder die Provinzial-Schulkollegien, noch die Schulräte, die letzten Endes die Durchführung der Maßnahmen treffen müssen, im Besitz der Richtlinien und der notwendigen Ausführungsbestimmungen. Andererseits sind aber die Provinzial-Schulkollegien und die übrigen Aufsichtsbehörden gezwungen, die Vorbereitungen für den Uebergang der Grund- und Privatschüler in die höhere Lehranstalt zu treffen. Die Anordnungen der Behörden müssen sich nun naturgemäß auf die vorjährigen, teilweise die direkt ganz widersprechenden Ausführungsbestimmungen des Kultusministeriums stützen, da ja offiziell die neuen Anweisungen noch nicht vorliegen. Das hat zu dem Zustand geführt, daß jetzt überall, besonders wieder Intelligenzprüfungen der Schüler angeordnet oder bereits abgehalten worden sind, die mit den neuen Richtlinien überhaupt nicht vereinbar sind.

Es besteht die dringende Gefahr, daß das Chaos vom vorigen Jahre eintritt, daß die Eltern wieder die Leidtragenden sind, da viele von den Kindern, trotz ihrer Eignung für die höhere Schule, nun nicht angenommen werden und dadurch ein ganzes Jahr an ihrer Schulbildung verlieren. Es ist deshalb notwendigste Aufgabe des Kultusministeriums, sofort die neuen Richtlinien mit entsprechenden Ausführungsbestimmungen herauszugeben, damit das Elternrecht endlich zur Geltung kommt und die Schüler nicht des starren Grundschulprinzips wegen an ihrem Bildungsgange gehemmt werden. Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung hat deshalb folgende dringende Anfrage an das Staatsministerium gestellt.

Die heftigen Angriffe der Elternschaft gegen die Ausführungsbestimmungen des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung haben dazu geführt, daß die Preußische Regierung mit den Vertretungen anderer Länder Ende November 1925 Richtlinien für die Ausführung des sogenannten „Kleinen Grundschulgesetzes“ vereinbart hat. Während die übrigen Länder auf Grund dieser Richtlinien rechtzeitig die nötigen Anordnungen getroffen haben, sind die mit der Durchführung der nötigen Maßnahmen letzten Endes zu betrauenden Schulräte in Preußen aber heute noch nicht im Besitz der Richtlinien und der notwendigen Ausführungsbestimmungen, obgleich in der Sitzung vom 21. Januar 1926 der Staatsrat die Richtlinien in der vereinbarten Form angenommen hat.

Unter diesen Umständen besteht die dringende Gefahr, daß das Chaos vom vorigen Jahre in verstärktem Maße bei dem diesjährigen Uebergang von der Grundschule zur höheren Schule eintritt.

Wir fragen das Staatsministerium, ob es nicht umgehend Anweisungen ergehen lassen will, um die dauernde Beunruhigung in der Elternschaft endlich zu beseitigen.

Gaunachrichten.

Gau Schleswig-Holstein.

Ortsgruppe Elmshorn. Sonnabend, den 17. April 1926, abends 8 Uhr, Stiftungsfest der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung und der Völkischen Gewerkschaft im Lokale des Herrn Thychsens, Friedenstraße.

Ortsgruppe Kiel. Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung veranstaltete Mittwochabend anläßlich des 111. Geburtstages des Alt-Kanzlers im „Schloßhof“ eine Gedenkfeier. Saal und Bühne waren mit schwarz-weiß-roten Fahnenbändern geschmückt. Auf der Bühne stand ein mit einem Kranz eingerahmtes Bild Bismarcks. Nach einigen Musikstücken erfolgte der Einzug der Fahnenabordnungen vaterländischer Verbände. Herr Grimm hielt die Begrüßungsansprache. Er schilderte die überragende Bedeutung des Eisernen Kanzlers für Deutschlands Geschichte und richtete die Mahnung an alle Deutschen, sich emporzurichten aus der Verzagtheit zu echtem Deutschtum. Wildenbruchs Gedicht „Zum 1. April 1890“ gelangte wirkungsvoll zum Vortrag. Die Festrede hielt Dr. Hoffmann-Altona. Besitz und Sitten sterben, so führte der Redner aus, aber eins ist, das da immer leben wird: Der Toten Taten. Am heutigen Tage führen uns unsere Gedanken zur letzten Ruhestätte Bismarcks, nach dem Sachsenwald. Heute ist das deutsche Volk in Schwachheit gebunden. Es muß sich des Ruhmes deutschen Heldentums in der Geschichte immer wieder erinnern. Aus dieser Erinnerung muß es Kraft schöpfen zu neuer Tat. Bismarck war es beschieden, Deutschland aus seiner Kleinstaaterei herauszureißen und zu einem mächtigen Reiche zu vereinigen. Wie anders ist doch das Bild des heutigen Völkerbundes, jenes künstlichen Gebildes, geschaffen, um die Vormachtstellung der Westmächte zu sichern. Bismarck ist der Inbegriff echten Deutschtums, von ganzer Tatkraft und Geradheit, ein geborener Staatsmann mit klarem Blick und unbeugsamem Willen. Für ihn gab es kein Umkehren, keine Kompromisse, sondern nur die ganze, volle Tat. Er erkannte die Notwendigkeit seiner Zeit. Heute braucht das deutsche Volk Männer, die die Notwendigkeit der Gegenwart erkennen. Der internationalistische Geist lastet vergiftend auf uns. Fremde Rassen suchen zersetzend auf das deutsche Volk einzuwirken. Der Nährboden für deutsche Art und deutschen Glauben ist wiederherzustellen. Heute kommt es auf eine Neugestaltung des großdeutschen völkischen Staates an. Dieser Staat muß so gebaut sein, wie es deutsche Art verlangt. Einigkeit und Recht und Freiheit im alten, guten Sinn des Wortes müssen dem deutschen Volk wiederkehren, dessen Wurzeln noch gesund sind. Wenn alles Undeutsche abfällt, so wird sich das Deutschtum wie ein Phönix aus der Asche zu neuen Taten erheben. Ueber die Zukunft eines Volkes entscheidet nur die Lebenskraft, und die ist im deutschen Volke vorhanden. Niemals wird der Appell ans Menschengewissen, von dem heute so viele das Heil erhoffen, Erfolg haben. Ein wurzelstarkes Volk kann niemals sein Schicksal in die Hände rassenfremder Völker legen. Die Wahrhaftigkeit ist, wie Bismarck sagte, die Grundlage des Mutes. Diese Worte zeigen deutlich die tief religiöse Veranlagung dieses Mannes „von Blut und Eisen“. Auch die politische Welt soll ein Ausdruck dieser seelischen, sittlichen Verfassung sein. Tiefe des Gemütes paarte sich in Bismarcks Charakter mit starker Tatkraft. Diese Paarung ist echt deutscher Art. Der Geburtstag Bismarcks möge für das deutsche Volk ein Weckruf sein. Jedes Volk, das nicht mehr den Willen hat, für seine Art zu kämpfen, ist zum Untergang bestimmt. Möge dieser Weckruf nicht ungehört verhallen! Das walte Gott! Die Festversammlung sang stehend das Deutschlandlied. Fräulein Cläre Hannesen sang mit prächtigem Sopran, am Klavier begleitet von Herrn Günther, Frühlingslieder von Schumann und Johann Strauß. Der Kieler Volkstanzkreis führte anmutige deutsche Volkstänze vor. Mit dem gemeinsamen Gesang des Schleswig-Holstein-Liedes fand die erhebende Feier ihren Abschluß.

Deutschvölkische Freiheitsbewegung, Gau Berlin:

Ortsgruppe Petersburger Platz: Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Gästen bei Steffen, Landsberger Allee 150, Redner: Kube, M. d. R., „Lehren der deutschen Geschichte“.

Ortsgruppe Stettiner Bahnhof: Donnerstag, d. 15. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Gästen bei Schmidtke, Kesselstraße 19, Redner: Kube, M. d. R., „Lehren der deutschen Geschichte“.

Ortsgruppe Lützow: Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Gästen im Rollendorfkasino, Kleiststraße 41, Redner: Oberkriegsgerichtsrat a. D. Dr. Harrer: „Deutschvölkische Weltanschauung“.

Ortsgruppe Südwest: Dienstag, den 20. April, abds. 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Gästen bei Villwock, Blücherplatz 3, Redner: Oberkriegsgerichtsrat a. D. Dr. Harrer: „Die ultramontane Internationale“.

Kreis VIb (Südost): Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im „Köpenicker Hof“, Köpenicker Straße 174, Redner: Oberkriegsgerichtsrat Dr. Harrer.

Kreis VIb (Südost): Freitag, den 23. April, abends 8 Uhr: Große Versammlung im „Köpenicker Hof“, Köpenicker Straße 174, Redner: Stöhr, M. d. R.

Versammlungskalender Gau Potsdam II.

Ortsgruppen Elisabeth, Friedrich Karl und Oranien: Sonntag, den 11. April, Großes Frühlingsfest in den Gesamträumen der Hohenzollernfestsäle, Charlottenburg, Berliner Straße 105. Redner: Kube, M. d. R. Tanz ab 5 Uhr im oberen Saal, ab 6 Uhr Streichkonzert im großen Saal, Verlosung, Ueberraschungen. Karten zu 0,60 M. bei den Ortsgruppenführern und an der Abendkasse.

Kreis Charlottenburg: Dienstag, den 13. April, abds. 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung in den Hohenzollernfestsälen, Berliner Straße 105. Redner: Professor Danicke, M. d. L.

Ortsgruppe Schmargendorf: Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Gästen im Schützenhaus, Hundekehlestraße 20. Redner: Dr. v. Lewinski: „Die Politik der Weltmächte“.

Ortsgruppe Friedrich Karl: Mittwoch, den 14. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Gästen im Schloßparkrestaurant, Berliner Straße Ecke Luisenplatz, Charlottenburg. Redner: Otto Heinrich Böckler.

Ortsgruppe Goethe: Donnerstag, den 15. April, abds. 8 Uhr: Vollversammlung, Sprechabend mit Gästen, Hohenzollernsäle, Berliner Straße 105, Charlottenburg, Hof II. Redner: Dr. Körner, M. d. L.

Ortsgruppe Bismarck: Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr: Uebliche Zusammenkunft von Mitgliedern, Gästen und Freunden bei Schätzle, Berliner Straße Ecke Luisenplatz, Charlottenburg. Redner: Kube, M. d. R., „Lehren der deutschen Geschichte“.

Deutschvölkischer Offiziersbund, Ortsverband Dresden: Offiziersversammlung am 13. April 1926, abends 8 Uhr, in Dresden, Große Brüdergasse, bei Kneist. Feier von Ludendorffs Geburtstag. Festrede von Oberurzer. Dunkler Anzug. Danach geselliges Beisammensein.